Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/8, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 29 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis: berechnet für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206. Organ für die werktätige Bevölkerung. Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt".

Nr. 219. Mittwoch, den 20. September 1905. 16. Jahrgang.

Essen.

Mitten in die rote Jenaer Woche fällt die heute auszufechtende Reichstags-Ersatzwahl für den Wahlkreis Essen. Um den Delegierten des deutschen Proletariats eine ganz besondere Freude zu machen, werden hoffentlich unsere Essener Genossen ihre Kräfte verdoppeln, um eine Stimmenzahl zu erzielen, die imposant und demonstrativ wirkt.

Schon die beiden letzten Essener Wahlen waren Demonstrationswahlen. Das eine Mal galt es eine Demonstration für den „Zuchthäusler" Ludwig Schröder und gegen das ungeheuerliche Urteil, das mehrere brave Genossen als ehrlos erklärte. Und bei der letzten Wahl war diese zugleich eine Demonstration gegen die, die die Rede Wilhelms II. gegen die Arbeiterschaft auszuschlachten versuchten. Sie war eine Antwort — und eine deutliche dazu. Hatte doch Wilhelm II. Ende November 1902 anläßlich des plötzlichen Todes von Friedrich Krupp die Essener Arbeiter aufgefordert, das Tischtuch zwischen sich und den „Verleumdern", die „aus dem sicheren Versteck ihrer Redaktion giftige Pfeile" auf den armen Kanonenkönig geschossen, zu zerschneiden. Die Antwort darauf bestand in der überraschenden Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen von 4000 auf über 22,000! Die Arbeiter, die man kurz vorher noch gezwungen hatte, eine Huldigungs-Adresse an Wilhelm II. zu unterschreiben, deckten mit dem Stimmzettel die Komödie auf und — sagten sich von der Adresse laut und deutlich los. Das Tischtuch wurde zwar durchschnitten, aber nicht mit der Sozialdemokratie.

Der Wahlkampf war bis gestern Abend ein ganz besonders heißer. Die Zahl der Wahlberechtigten ist im Stadt- und Landkreise seit dem Jahre 1903 um beinahe 20,000 gestiegen, von rund 90,000 auf 110,000.

Die Partei der Finsternis und des politischen Schachers, das Zentrum, arbeitet mit allen Mitteln, den Kreis aufs neue zu befestigen. Die Nationalliberalen arbeiten fieberhaft, um einen ehemals nationalsozialen Advokaten durchzubringen und die evangelische Geistlichkeit geht mit dieser Partei der Kapitalisierung und der Schlotjunker Hand in Hand.

Zwischen der sogen. „nationalen" und der christlichsozialen Partei haben sich die Gegensätze so verschärft, daß es Donnerstag Abend in einer öffentlichen Versammlung zu Tätlichkeiten gekommen ist, welche zur polizeilichen Auflösung der Versammlung geführt haben. Die Kandidaten der beiden feindlichen Parteien, Rechtsanwalt Dr. Niemeyer und Generalsekretär Behrens, waren anwesend. Tumultuarische Szenen haben sich abgespielt, wie sie in der Geschichte der Essener Wahlbewegung kaum jemals vorgekommen sind. Es gab Krach und eine solenne national-christliche Keilerei. Mit Stöcken, Regenschirmen, Stühlen und Biergläsern schlugen und stießen die „Nationalen" und „Christlichsozialen" aufeinander los! Die rübesten Schimpfworte, wie Lump, Lügner, Spitzbube, Gauner, Halunke schwirrten durch die Luft, das Getöse war unbeschreiblich.

Mit beispielloser Erbitterung wurde der Wahlkampf geführt. Tag für Tag hielten sämtliche Parteien Versammlungen ab. Die Zentrumspartei hatte sogar ein Automobil zur Verfügung des Kandidaten, damit dieser in einem Tage in einem halben Dutzend Versammlungen erscheinen konnte. „Zehn andere Wahlkreise gelten uns nicht so viel als der Essener Kreis!" so erklärt das Zentrum, und danach kann man ungefähr ermessen, welchen Grad der Skrupellosigkeit die ultramontane Wahltaktik erstieg. „Mit offensichtlicher Geflissenheit geht man", so schreibt ein Parteiblatt, „programmatischen Auseinandersetzungen aus dem Wege, wo sich nur die geringste Chance bietet, durch Hinüberziehen des Kampfes auf das persönliche Gebiet die Aufmerksamkeit von den sachlichen und prinzipiellen Anklagen gegen das Zentrum abzulenken, da greift man mit Wonne zu. Man stellt sich an, als ob es darauf ankomme, den Kandidaten vor persönlichen Verunglimpfungen zu schützen, ihn zu rehabilitieren." Gegen die nationalliberale Partei kann man in diesem Wahlkampf allerdings mit grundsätzlichen Auseinandersetzungen eigentlich nichts ausrichten, denn der Kandidat der Nationalliberalen verleugnet ganz entschieden das nationalliberale Programm, er bekennt sich überhaupt zu keinen programmatischen Grundsätzen, er verleugnet jede Partei, er verkündet sein eigenes Programm, er will als Mann gewählt werden, der über den Parteien steht. Gegen solches Uebermenschentum läßt sich kaum ernsthaft polemisieren, eine solche Kandidatur ist politische Hanswursterei oder eine unglaubliche Spekulation auf die Dummheit der Masse.

Wenn die Sozialdemokratie in diesem Kreise auch nur die geringsten Fortschritte macht, so ist das ein glänzender Erfolg. Denn wie wird dort von den Gegnern gearbeitet! Alte Parteigenossen, die schon Wahlkämpfe in der sozialistengesetzlichen Zeit erlebt und nun Agitationstouren im Wahlkreise unternehmen, gestehen ein, so etwas hätten sie noch nicht mitgemacht. 30 bis 40 Versammlungen fanden an einem Tage statt. Uns aber wurden die Säle abgetrieben! Polizei, Geistlichkeit und Unternehmertum bedrohten die Saalinhaber mit Schädigungen, wenn sie den „Roten" die Säle vermieteten. Die großen städtischen Säle in Essen stehen allen Parteien, nur nicht uns zur Verfügung. Diskussion gab es nicht, also konnten die „christlich-sozialen", „nationalen" und ultramontanen Wanderredner das Blaue vom Himmel herabschwindeln, eine Korrektur konnte nicht vorgenommen werden in der Versammlung, die eingeseiften Wähler gingen in dem Glauben an die „Verworfenheit" der Sozialdemokratie nach Hause. Auf dem Lande waren vorzüglich die Kapläne in fieberhafter Tätigkeit. Bis in die Nacht hinein liefen sie von Haus zu Haus, um sich der Arbeiterstimmen „im Namen der Religion" zu versichern.

Der Wahlkreis war überschwemmt mit sozialistentötenden Rednern. Das Zentrum hatte seine ersten Kräfte herangezogen: Bachem, Trimborn, Roeren und den ganzen Stab der Kapläne aus der M.-Gladbacher Zentrale. Die besoldeten Sekretäre der christlichen Gewerkvereine waren fast alle in der Zentrumsagitation tätig und forderten schlechthin die christlichen Gewerkvereinler auf, nur für das Zentrum zu stimmen! Ein drastischer Beweis für die — „Neutralität" der christlichen Gewerkvereine. Für die christlich-soziale Kandidatur Behrens griffen auch persönlich ein die Abgg. Stöcker und Burckhardt, sowie mehrere andere ihrer Parteiagitatoren. Für Niemeyer waren tätig die Herren Abgg. Patzig, Hoppstädter, „Jungliberale" und ein Stab Reichsbettelverbändler.

Von auswärtigen Genossen haben im Kreise gesprochen die Abgg. Stücklen, Singer (ganz am Anfang des Wahlkampfes), Stadthagen, Bömelburg und Sachse; die Genossin Zietz-Hamburg hat einige Wochen sehr rührig mitgearbeitet. Unsere Versammlungen waren durchweg gut besucht, nur der starke Saalmangel hemmte uns.

Am heutigen Dienstag hat die aufgeklärte Arbeiterschaft zu zeigen, daß man selbst diesen Gegnern noch Erfolge abjagen kann. Sie hat den Kampf nicht gegen Personen geführt, nicht einmal gegen Stöcker, sondern gegen die gemeingefährliche Partei des systematischen Volksbetruges, gegen das Zentrum und gegen die Partei des Grubenkapitals, gegen die Nationalliberalen. Heute wird die Essener Arbeiterschaft darüber entscheiden, wie weit sie sich zur klaren Erkenntnis der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zusammenhänge durchgerungen hat, wie weit sie noch im Banne ultramontaner Demagogie schmachtet und wie weit sie überhaupt noch politisch meinungslos, politisch vergeneral anzeigert ist.

Wir hoffen auf sie! Wenn uns Essen heute, trotz aller gegnerischen Machinationen auch nur einen kleinen Stimmenzuwachs bringt, so wird ein solcher Erfolg befruchtend und ermunternd auf die Verhandlungen in Jena einwirken. Und das ist uns wertvoller als selbst das Mandat!

ra.

* * *

Bei der letzten Hauptwahl wurden abgegeben bei 89,414 Wahlberechtigten 35,129 Stimmen für das Zentrum, 20,819 für den Nationalliberalen. 22,773 für die Sozialdemokratie und 1589 für den Polen. In der Stichwahl erhielt der Zentrumsmann 39,016, der Sozialdemokrat 32,632 Stimmen.

Zentrum und Flotte.

Wenn der Reichstag im November wieder einberufen wird, so wird er eine neue Flottenvorlage auf dem Tische finden. Die viereindrittel Milliarden Mark, die er für die Jahre 1901 bis 1917 zum Ausbau der Flotte bewilligt hat, genügen nicht mehr; der Marinesekretär Tirpitz hat bereits in der Budgetkommission

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

74] (Nachdruck verboten.)

Verlangend sah Daniel nach dem Lokal hin. Da drinnen mußten Menschen sitzen. Wirkliche Menschen, die lachen und lustig sein konnten. Verlangen ergriff ihn, einzutreten und sich wenigstens am Anblick ihrer Freude zu erfreuen. Aus Furcht, dem nachzugeben, drehte er um und verlor sich wieder in den Wald. Aber noch lange hörte er immer schwächer, immer ferner das Lachen und die scherzenden Stimmen.

„Noch einmal das Leben beginnen! Noch einmal jung sein, schuldlos und gut! Und während die Schneeflocken wie kalte Vögel des Todes sein Gesicht umtanzten, träumte er von einem blühenden Kleefeld, auf dem er und Marianne Hand in Hand gingen. Ihre Augen strahlten, und ihre Seelen ruhten tief und still wie klare Seen, in deren Grund sich das Blau des Himmels badet. Unendliche Sehnsucht ergriff ihn nach einem einzigen Augenblick solchen Glückes. Ihm schien, als würde er danach alle Qual leichter ertragen.

Aber das alles war vorbei. Marianne — die schuldlose Freude. Nicht sie, nicht er brachte das je zurück.

Er war müde, vom Denken mehr als vom Gehen, und kehrte um. Als er wieder in die Anlagen kam, sah er tief unter sich das Tal, eine brandende Woge von Licht und darüber den unendlich weiten Raum, durch den auf und nieder die gespenstischen Schneeflocken schwebten.

Er setzte sich auf eine Bank, um einen Augenblick auszuruhen. Der Teich lag menschenverlassen, und auf den steilen Wegen war kein Schlitten mehr zu sehen. Hier und da warf nur eine Laterne ihren glimmenden Schein über die Schneefläche. Aber da unten war ein Meer von Licht. Lange Laternenreihen zogen sich wie Perlenschnüre zu den gegenüber liegenden Höhen hinan, und gleich Lichtbächen strömte alles zusammen, um sich zu einer Woge, zu einem aufgetürmten Berg glühender Funken zu vereinen. Und während Daniel sein Auge auf einen dieser blinkenden Sterne richtete, dachte er, daß hinter den zahllosen Fenstern Menschen wohnten, Menschen, die sich an der Helligkeit freuten, die um die Lampe herumsaßen und ihre Gedanken austauschten, ihre Sorgen, ihre Hoffnungen, ihre Erinnerungen.

Aber er konnte die Welt absuchen und würde keinen treffen, dem er das, was ihn quälte, mitteilen konnte. Keine Menschenseele gab es auf der weiten Runde, der er sein Herz ausschütten konnte, die er fragen konnte: „Was denkst Du? Hilf mir! Rate mir! Verurteile mich! Aber sprich mit mir! Nimm mir ein Teilchen meiner Qual ab!"

Ihn fror in seiner Einsamkeit. Er wollte gehn und blieb doch sitzen. War er da unten nicht noch einsamer als hier? Er starrte den lockeren Schneeflocken nach, die oft so ratlos hin und her trieben, als gäbe es darunter welche, die im Gewimmel der andern sich ebenso verloren suchten.

Da sah er unter sich eine Gestalt auftauchen. Sie ging den aus dem Wald kommenden Weg herunter, auf dem er hinaufgekommen war. Und plötzlich hörte er seinen Namen rufen. Er rührte sich nicht. Gleich darauf verschwand die Gestalt hinter Strauchwerk. Aber nach wenig Augenblicken hörte er sich wieder rufen. Er erkannte Mariannens Stimme, die müde und verzweifelt klang. Er sprang auf.

„Hier", antwortete er.

Sie rief nochmals, und er antwortete wieder, ohne sich vom Fleck zu rühren. Da sah er sie auf sich zukommen.

„Bist Du's, Daniel?"

„Ja! Wie kommst Du hierher?"

Sie erwiderte nichts, sondern setzte sich erschöpft auf die Bank. Ihr Atem ging kurz, so schnell war sie die Anhöhe hinangestiegen.

„Marianne, wie kommst Du hierher?"

„Ich suchte Dich."

„Ist denn was passiert?"

„Nein, nichts. — Ich hatte Angst."

„Komm jetzt mit nach Haus!"

Erschöpft lehnte sie sich zurück.

„Laß mich — einen Moment."

„Weswegen hattest Du denn Angst?"

„Weswegen? — Deinetwegen. Du bist — ich lebe ja immer in Angst Deinetwegen, Daniel. — Du warst so erregt."

„Und deshalb bist Du mir nachgegangen?"

„Ja, deshalb. — Du bist nicht böse?"

Er sah starr vor sich hin, ohne zu antworten.

„Komm' jetzt."

Er gab ihr den Arm. So gingen sie die steilen Wege hinunter, ganz langsam, ohne eine Wort zu wechseln. Manchmal bei einer schlüpfrigen Stelle fühlte er, wie ihre Hand seinen Arm umpreßte.

Als sie an dem Grundstück des Immanuel-Vereins vorbei kamen, in dessen Vorderhaus die Amtswohnung Erbslöhs lag, blieb sie stehen.

„Daniel, warum hast Du das getan?"

Er senkte den Blick und antwortete nicht.

„Warum? — Ist das denn wirklich Dein Glaube?"

„Ich glaube an nichts. — An garnichts. — Ich bin ein verlorener Mensch."

„Daniel, wir wollen unser Los gemeinsam tragen. Willst Du mir verzeihen?"

„Ich verzeih' Dir. — Aber helfen kannst Du mir nicht."

„Doch, wenn Du mich wieder haben willst —."

Er schüttelte den Kopf.

„Mir kann niemand helfen. Ich muß allein sein."

„Warum?"

„Frag nicht. — Komm jetzt. — — Zu Hans will ich Dir alles sagen."

Ohne ein Wort gingen sie nach Haus. Er wartete in seinem Zimmer, bis sie sich umgekleidet hatte. In düstere Gedanken versunken, starrte er in die Lampe. Als sie hereinkam mit dieser flehentlichen Bitte in den Augen, nahm sein Gesicht noch mehr den Ausdruck verschlossener Qual an.

„Wenn Du Dir nur nicht geschadet hast."

„Nun ist ja alles gut. — Nun ich Dich gefunden habe."

Sie setzte sich und ergriff seine Hand.

„Daniel, Dich quält etwas. Seitdem ich hier bin, weiß ich das —"

„Ich will ganz offen mit Dir sprechen," unterbrach er sie. Dabei starrte er düster vor sich hin, ohne sie anzusehen. — „Ja, mich quält etwas. Da hast Du recht. Aber was es ist, kann ich Dir nicht sagen. — Alles Fragen wäre unnütz. Es ist etwas — was sich nicht mit Worten ausdrücken läßt. Ich muß es mit mir allein ausmachen. Allein! Ich muß allein sein, Marianne. — Verstehst Du das?"

„Und jetzt willst Du mich allein lassen?"

„Nicht jetzt. Es hat ja Zeit. Wenn wir nur erst wissen, was wir zu tun haben, dann ist schon alles gewonnen. Ich mag nicht mehr Pastor bleiben. Ich habe Dir ja gesagt: Ich glaube an nichts mehr. All dies Gerede ist mir zum Ekel geworden. Ich glaube nur an meine hoffnungslose Verlorenheit. Und die muß ich allein tragen. Ich will fort. In irgend einen Winkel, wo kein Mensch was von mir weiß. Du kannst mich nicht begleiten. — Ich quäle Dich nur."

„Du quälst mich nicht, Daniel."

„Aber Du quälst mich. — Ja. Du quälst mich! Was hält uns zusammen? Unsere Ehe ist getrennt. Du selbst hast sie getrennt. Und was zerrissen ist, kann kein Mensch wieder flicken. Wenn mein Bruder noch lebte, wärst Du jetzt bei ihm. Ich kann den Gedanken nicht ertragen, daß dieser Zufall Dich festhält an mir. Das ist keine Ehe mehr, nur ein zufälliges Zusammenleben. Deshalb ist es besser, unsere Wege trennen sich. Ich habe Dir verziehen, Marianne. Du bist noch jung. Vor Dir liegt ein langes Leben. Du kannst glücklich werden. Du hast ja das Kind. Du bist ja nicht verlassen."

„Und daß es auch Dein Kind ist, Daniel — —?"

Er sah sie starr an, mit einem Blick, daß ihr das Wort im Mund erstarb.

„Mein Kind?"

Das Blut trat aus ihrem Gesicht. Mit qualvoller Langsamkeit begann sie zu begreifen. Sie wollte sprechen. Aber während sie mit zuckender Handbewegung nach ihrem Leib griff, brachte sie nur ein leises Stöhnen hervor.

(Fortsetzung folgt.)

des Reichstags neue Forderungen angekündigt und wohlunterrichtete Blätter wissen auch schon wieder zu erzählen, daß Herr Tirpitz im Herbst mehr verlangen wird, als ihm im Frühjahr noch gefehlt hat.

Die Nationalliberalen sind sicher; auch die Konservativen und Agrarier wollen sich für Fleischnot und Lebensmittelteuerung bedanken, indem sie abermals für die „gräßliche Flotte" stimmen. Auf der anderen Seite steht die Sozialdemokratie nebst den paar freisinnigen Wasserfliefern in der Opposition. Nach wie vor gibt das Zentrum den Ausschlag.

Die „Kreuzzeitung" hat jüngst erklärt, das Zentrum sei so gut wie sicher. Denn es wolle seine Regierungsfähigkeit beweisen und werde darum schließlich Ja sagen. Das ist nun freilich nach den bisherigen Erfahrungen beinahe ganz selbstverständlich. Aber so leichten Herzens wie die Nationalliberalen können die schwarzen Herren in das allgemeine Hipp-Hipp-Hurra nicht einstimmen. Das Zentrum ist eine kontinentale Macht, die katholische Bevölkerung Deutschlands ist — etwa von Westpreußen abgesehen — weit entfernt von der Küste ansässig und hat keine kapitalistische Handelsinteressen. Sie besteht vornehmlich aus Arbeitern, Bauern, Handwerkern, die wohl die Last der ungeheuren Flottenausgaben auf ihrem Rücken fühlen, an der wässerigen Zukunft Deutschlands aber nicht das allergeringste Interesse haben.

Darum ist das Zentrum bei allen Flottenvorlagen gezwungen, ein doppeltes Spiel zu spielen. Als Staatsmannspartei, die durch Ueberschwang neudeutsch-byzantinischer Haltung den alten Verdacht ultramontaner Vaterlandslosigkeit von sich fernhalten will, muß es sich in geheimen Konventikeln von der Unabweislichkeit seiner patriotischen Pflicht überzeugen lassen, als die „wahre Volkspartei" aber muß es über den Haufen Gold zetern, den die Geschichte kosten wird. Da nun die Regierung Taten verlangt und sich nicht mit bloßen Redensarten abspeisen läßt, muß bei dem Handel immer das Volk der betrogene Teil bleiben.

Die Rede, die der Zentrumsführer Spahn jüngst in Bonn gehalten hat, beweist, daß das Zentrum auch bei der neuen Flottenvorlage seine alte Politik befolgen wird. Herr Spahn hat nämlich erklärt: „An dem Grundsatze werden wir festhalten, daß eine Ausgabeerhöhung nicht eintreten kann, bevor über die Deckungsmittel Einverständnis besteht."

Ob die Flottenpolitik nützlich oder verderblich ist, diese entscheidende prinzipielle Frage wirft das Zentrum garnicht auf. Es fragt sich bloß, was die Sache kosten wird und woher das Geld dazu genommen werden soll.

Für die nationalliberalen Flottenscharfmacher freilich genügt auch das schon, nur auf das Zentrum mit dem Finger zu weisen und seinen Patriotismus — was man so Patriotismus nennt — zu verdächtigen. In diesem Sinne schreibt die „Nationalzeitung":

Die Befriedigung unaufschiebbarer Bedürfnisse der Weltmachtstellung des Reiches hängt, so lange das Zentrum ausschlaggebende Partei ist und auf seinem Grundsatz beharrt, von einer Gestaltung der Steuervorschläge ab, die dem Zentrum annehmbar erscheint und für die unter Führung des Zentrums auch eine Mehrheit im Reichstage gewonnen werden kann. Nun versteht man allerdings, daß die rheinische Zentrumspresse schon seit Ende Mai das Wehen von Konfliktsluft verspürt.

Man muß gestehen, daß die „Nationalzeitung" von ihrem Standpunkte aus im Rechte ist. Für notwendige Staatsausgaben muß eben das Geld irgendwie beschafft werden. Würde die Sozialdemokratie die Flottenausgaben für nützlich halten, so würde sie ohne weiteres für sie stimmen und es würde ihr garnicht einfallen, die Deckungsfrage in den Vordergrund zu stellen. Weil sie aber weiß, daß für die Flottenpolitik jeder Pfennig schade ist, darum bekämpft sie in erster Reihe diese selbst, und sucht in zweiter Reihe wenigstens die Infamie zu verhindern, daß das arbeitende Volk die Zeche bezahlen muß. Indem das Zentrum auf diese einzige Möglichkeit, den Marinismus wirksam zu bekämpfen, von vornherein verzichtet, bringt es sich selbst in eine unheilvolle Situation.

Dem „Konflikt" wird das Zentrum darum trotz allen Drehens und Wendens nicht entrinnen können. Es wird entweder mit der Regierung in Konflikt geraten oder aber — was viel wahrscheinlicher ist — mit seinen Wählern. Diese aber fürchtet, wie aus den geheimen Briefen des Stiftstats Abg. Horn, die die „Volkswacht" s. Zt. veröffentlicht hat, das Zentrum nicht so sehr wie den Fürstbischof. Da der gegen die Verpulverung von zahllosen Millionen nichts einzuwenden hat, kann ja der Volksbetrug beginnen.

Politische Uebersicht.

Ueber die Eröffnung des Parteitages

wird uns aus Jena geschrieben:

Hier war's, wo Deutschlands größte Geister
Gekämpft für Freiheit, Recht und Licht,
Wo hoher Wissenschaften Meister
Der Wahrheit Tempel aufgerichtet!
Ihr steht hier auf der Freiheit Boden!
Der Freiheit sei das Werk geweiht,
Das Ihr vollbringt in dieser Zeit;
Der Freiheit Gruß sei Euch entboten!

Eine feierliche, aber tiefernste Stimmung legte sich über den Parteitag, als die Klänge dieses Begrüßungsliedes, das aus den kräftigen thüringischen Männerkehlen über den gewaltigen Saal erbrausten, leise verklangen. In Jena scheint sich alles zu vereinigen, um einen würdigen Verlauf des Parteitages zu sichern, und die einleitenden Worte der Genossen Leber, Bebel und Singer fanden gerade in jenen Parteien demonstrativen Beifall, in denen der Wunsch nach einem versöhnlichen Verlauf des Parteitages laut wurde. Aber auch äußerlich versetzten die gigantischen Bogen des prächtigen Saales, die entfernt an Kirchenpfeiler gemahnen, die Delegierten in eine feierliche Stimmung. In gewaltigem Halbkreis schließt sich um die Bühne, der Saaldekoration angepaßt ein in Goldschrift ausgeführtes Verzeichnis der bisherigen deutschen Parteitage, das von dem Spruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch" gekrönt ist. Aus einem Lorbeerhain leuchtet die Büste von Karl Marx und von der Bühne grüßt das efeuumrankte Bild des edlen Menschenfreundes Abbe, dem auch die klassenbewußte Arbeiterschaft ihre Huldigung widmet. Am Eingang des Hauses glänzt aus zahllosen elektrischen Glühlampen das Wort „Willkommen" den Delegierten entgegen.

Soweit sich heute schon übersehen läßt, wird der Höhepunkt des Parteitages eine gründliche Abrechnung mit der auswärtigen Politik der deutschen Regierung werden, wobei die Liebedienerei gegenüber Rußland ebenso ihre Geißelung finden wird wie die Englandhetze und die Brüskierung Frankreichs. Eine außerordentliche Maßnahme beschloß der Parteitag, als er die Beratung des Organisationsstatuts vor alle anderen Punkte setzte, um eine nochmalige Durcharbeitung durch die Organisations-Kommission zu ermöglichen. Der Literatenstreit soll, soweit wir hören, in einer Einigungskommission seine Erledigung finden, die Mehrheit des Parteitags wird unter allen Umständen eine Wiederholung der Dresdener Debatten verhindern.

Die Provinz Schlesien ist in Jena sehr mangelhaft vertreten, außer den beiden Breslauer Delegierten sind nur die Genossen Brühne-Kattowitz und Keller-Görlitz anwesend, natürlich fehlt auch unser Abgeordneter Eduard Bernstein als ständiger Besucher der Parteitage nicht. Als Gast ist Genossin Dr. Golde von der polnisch-sozialistischen Partei anwesend.

Der Verlauf der Eröffnungssitzung wie das mit großer Sorgfalt arrangierte Empfangsfest lassen also auf einen sehr guten Verlauf des Parteitages schließen.

* * *

Die Montag-Vormittagsitzung trug einen ausschließlich sachlichen Charakter. Nach den Begrüßungen der ausländischen Gäste, unter denen ein Lodzer Genosse besondere Aufmerksamkeit fand, begann Vollmar sein dreistündiges Referat über die Organisationsfrage, in dem er von einer Gesamtübersicht über den Charakter der neuen Organisation gänzlich absah und nun paragraphenweise die einzelnen Abänderungen besprach. Dabei kehrte er sich besonders energisch gegen die Kürzung der Rechte der Reichstagsfraktion und stellt sich im übrigen hauptsächlich auf den Boden der Kommissionsvorlage.

***

Der internationale Arbeiterversicherungskongreß in Wien. Im großen Festsaal der Wiener Universität ist gestern die siebente Tagung des internationalen Arbeiterversicherungskongresses eröffnet worden. Der erste Kongreß tagte im Jahre 1889 in Paris, und seither fanden in den verschiedensten Orten, das letztemal im Jahre 1902 in Düsseldorf, derartige Kongresse statt. Den Zusammenhalt aller dieser Kongresse bildet das in Paris bestehende internationale Sekretariat des Kongresses. Die Beratungsgegenstände des Kongresses sind nur wenige. Vor allem soll eine Uebersicht über die Entwickelung der Arbeiterversicherung aller Länder seit dem ersten Kongreß, also seit den letzten fünfzehn Jahren, gegeben werden. Dann gelangen allgemeine Fragen der Arbeiterversicherung, die Vereinheitlichung und Vereinfachung der Arbeiterversicherung, insbesondere der Invaliden- und Waisenversicherung und die internationale Unfallstatistik, Angelegenheiten der Unfallversicherung und Unfallverhütung zur Verhandlung.

Der Kongreß wird auch von den Regierungen der einzelnen Staaten offiziell beschickt. Bisher sind offizielle Delegierte von Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, England, Italien, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Oesterreich, Rußland, Schweden, Schweiz und Ungarn angemeldet. Die Liste der übrigen Mitglieder ist ein buntes Gemisch von Delegierten der Körperschaften, die an der Arbeiterversicherung interessiert sind, Privatgelehrten, Unternehmern und Beamten. Auch einzelne Vertreter von Arbeiterorganisationen werden auf dem Kongreß anwesend sein. Sie werden die einzige Vertretung der Versicherten bilden.

Es handelt sich also bei diesem Kongreß, wie bei allen ähnlichen Veranstaltungen, um Beratungen, die nicht ihr Gewicht und ihren Eindruck erlangen durch die Macht der Organisationen, die auf dem Kongreß vertreten sind, sondern durch die Personen, die dort sprechen. Die Kongreßverhandlungen können einen praktischen Wert daher nur durch ihren gewichtigen Inhalt erhalten. Sie werden gleichsam darstellen, was in der ganzen Welt die Personen, die sich berufsmäßig oder auf Grund von Spezialstudien mit der Arbeiterversicherung beschäftigen, über ihren Ausbau denken.

Es ist kein Zweifel, daß in der offiziellen Welt dem Kongreß und seinen Beratungen großes Gewicht beigelegt wird. Er vereinigt ja auch viele Namen von gutem Klang, Personen, die sich in der Wissenschaft eine Stelle errungen haben. Dieses große Interesse der Regierungen an dem Kongreß hat aber auch noch einen anderen Grund. Die Arbeiterversicherung ist für die Regierungen der kapitalistischen Staaten das bequemste und ungefährlichste Gebiet, auf dem sie ihre Arbeiterfreundlichkeit betätigen können. Gegenstand der Fürsorge sind da Menschen, die krank sind, die um ihre Gesundheit, um ihre geraden Glieder gekommen sind, die frühzeitig alt und arbeitsunfähig wurden und darum schon allgemein menschlich Mitleid erregen. Die Arbeiterversicherung ist aber auch jenes Gebiet des Arbeiterschutzes, auf dem eine Parteinahme des Staates zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht notwendig ist. Ihre Regelung greift nicht in den Produktionsprozeß, nicht in den Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern ein. Sie ergreift den Arbeiter erst dann, wenn er zeitweilig oder für immer aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden ist. Und schließlich ist die Arbeiterversicherung größtenteils das billigste Gebiet der Sozialpolitik. Von der Invalidenversicherung abgesehen, kostet sie ihm so gut wie nichts, ja sie bringt ihm sogar durch die Erleichterung der Armenlasten noch Vorteile. Daher die Schwärmerei für die Arbeiterversicherung. Die wenigen Sozialdemokraten, die an dem Kongreß teilnehmen, werden daher sicherlich nicht unterlassen, zu betonen, daß die Arbeiterversicherung zwar ein sehr schönes Ding, aber nicht das Endziel der Sozialpolitik ist und daß man Sozialpolitik vor allem bei dem gesunden und arbeitsfähigen Arbeiter betreiben muß.

Soldatenschinder. Vor dem Kriegsgericht in Thorn hatten sich der Sergeant Gustav Becker und der Obergefreite Georg Glenzer von der 8. Kompagnie des 15. Fußartillerie-Regiments wegen vorschriftswidriger Behandlung und Mißhandlung Untergebener und Glenzer außerdem noch wegen Anmaßung einer Befehlsbefugnis und gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Ende April starb ziemlich plötzlich der aus Berlin stammende Kanonier Jurk. Bald danach lief von der Mutter desselben beim Kriegsministerium eine Anzeige ein, in der behauptet wurde, daß Jurk infolge von Mißhandlungen gestorben sei. Es wurde nun eine eingehende Untersuchung eingeleitet, die ergab, daß der Tod des Jurk zwar nicht auf Mißhandlungen, sondern auf eine Gehirnerkrankung zurückzuführen war, daß aber tatsächlich in der Kompagnie des Gestorbenen mehrfach Mißhandlungen vorgekommen waren. Außer den Angeklagten war noch schwer belastet Unteroffizier Semisch, welcher inzwischen aus Furcht vor Bestrafung Selbstmord (!) verübt hat. Nach der Beweisaufnahme hat Sergeant Becker den Kanonier Jurk etwa zehn Mal geohrfeigt, zwei Mal davon unter Stößen. Dem Kanonier Schak hat er bei der Fahrübung einen **Fußtritt ans Knie** versetzt, dem Kanonier Lengies mit der Säbelscheide auf die Finger geklopft, so daß letzterer blaue Flecke bekam, und in den Arm gekniffen. Kanonier Bülow wurde von ihm geohrfeigt und Kanonier Liedtke gestoßen. Schlimmer noch hat der Obergefreite Glenzer gehaust, den der Verhandlungsführer bei der Urteilsverkündigung als einen argen Menschenschinder bezeichnete. Er ließ den Kanonier Jurk unbefugt kurz vor Zapfenstreich mit dem Gewehr antreten und versetzte ihm **mit dem Gewehrkolben einen Schlag,** als das Gewehr nicht rein war. Ferner ließ er unberechtigt die Leute auf dem Zimmer das Niederwerfen und Aufspringen in mindestens zehn Fällen üben. Als dabei der Kanonier Jurk, der kränklich war, einmal auf dem Boden lag, **versetzte ihm Glenzer Fußtritte auf den Rücken und an den Kopf,** so daß Jurk laut vor Schmerzen aufschrie. Dem Kanonier Scholz, von dem er wußte, daß er eine verwachsene Zehe hatte, trat er auf die Fußspitzen. Rekruten traktierte er in zehn Fällen mit **Faustschlägen** und an Kanoniere teilte er Faustschläge und Stöße aus. Wenn die Leute seiner Stube die Betten nicht ordentlich aufgebart hatten, **warf er den Holzschemmel auf sie.** Das Kriegsgericht verurteilte den Sergeanten Becker wegen vorschriftswidriger Behandlung in einem Falle und wegen Mißhandlung Untergebener in 16 Fällen zu sechs Wochen Mittelarrest und den Obergefreiten Glenzer wegen Anmaßung einer Befehlsbefugnis, wegen gefährlicher Körperverletzung in vier Fällen, vorschriftswidriger Behandlung in 20 und Mißhandlung Untergebener in 17 Fällen zu acht Monaten Gefängnis. Glenzer wurde wegen Fluchtverdachts sogleich in Haft genommen.

Unser Hottentottenkrieg. Wie ein amtliches Telegramm aus Windhuk vom 13. d. M. meldet, haben unsere Truppen in dem Gefecht bei Nuhib, westlich von Haruchas, folgende Verluste erlitten:

Gefallen: Sergt. Josef Groß, geb. in Momberg, früher Inf.-Regt. 82; Reiter Emil Hauptmann, geb. zu Steinbeck, früher Füsilier-Reg. 90. Verwundet: Major Georg Märcker, geb. zu Baldenburg, früher Generalstab der 2. Division, schwer durch Schuß in linke Schulter; Assistenzarzt Alfred Korsch, geb. zu Danzig, früher Inf.-Regt. 54, schwer durch Schuß in Becken, Unterleib und linke Schulter; Unteroffizier Fritz Winzer, geb. zu Glogau, früher Pionierbataillon 5, schwer durch Schuß in rechten Oberarm und Unterleib; Reiter Wilhelm Simon, geb. zu Groß-Pohlmitz, früh. Inf.-Regt. 154, schwer durch Lungenschuß. Gefr. Max Nitsche, geb. zu Großröhrsdorf, früh. sächs. Feld-Art.-Regt. 12, leicht d. Schuß in Oberschenk.; Reiter Bacher, geb. zu Steinau a/O. früher 6. Pionierbat., d. Schuß in Oberschenkel. Vermißt: Sanitäts-Unteroffizier Karl Scholz, geb. zu Königshuld, früher 10. Grenad.-Regt. An einer Verwundung gestorben: Reiter Karl Sefa, genannt Bienk, geb. zu Praessittern, früh. 3. Garde-Regt. zu Fuß, infolge einer am 13. d. Mts. erhaltenen schweren Verwundung. Nachträglich wird gemeldet: Am 2. d. Mts. auf einer Patrouille westlich von Otjitjikna verwundet: Reiter Heinrich Volkmer, geboren zu Weisstein, früher 3tes Grenadier-Regt., leicht durch Schuß in rechten Oberarm und linke Schulter. Außerdem am 11. d. M. auf einer Patrouille bei Haruchas verwundet: Leutnant Hans Lorenz, geb. zu Kaehmen, früher Infant.-Rgt. 117, schwer, näheres noch nicht bekannt; Gefr. Otto Fronzeck, geb. zu Podschwingben, früh. Drag.-Regt. 10, am 22. August durch Unvorsichtigkeit eines Kameraden verwundet, Schuß in linken Oberschenkel.

Kein Vereinsgesetz — aber Hofuniform! Das rückständige Mecklenburg-Schwerin, das bis heutigen Tags nicht einmal ein Vereins- und Versammlungsrecht hat, glaubt in dem allgemeinen Drange nach „Reformen" nicht zurückstehen zu sollen. Ein Telegramm meldet: „In Mecklenburg-Schwerin ist angeordnet worden, daß auch die Gymnasialprofessoren eine Hofuniform erhalten: einen dunkelblauen Frack mit karmoisinroten Aermelaufschlägen; zu der Uniform gehört auch ein Stichdegen mit goldenem Griff."

Damit ist der Kultur wenig gedient. Volksrechte täten mehr not! Die Sitten französischer Könige passen nun einmal nicht in das Land, das den Ochsenkopf im Wappen führt.

Ausland.

Gemauft wird auch in Japan. Unterschlagungen von 330,000 Yen (1 Yen gleich 2 Mark), begangen durch drei Marinezahlmeister, sind in Tokio entdeckt worden. Die Nachricht war zuerst mit Ruhe aufgenommen worden, nachdem jedoch bekannt geworden war, daß die Unterschlagungen sich über Jahre hin erstrecken, ohne daß sie gemerkt wurden, griff ein Gefühl des Mißtrauens und der Beunruhigung gegen die Marineverwaltung Platz. Die Angelegenheit wird wahrscheinlich Angriffe auf die Marineverwaltung hervorrufen.

Die Lösung der nordischen Krise. In Karlstad scheint es jetzt gegangen zu sein, wie in Portsmouth bei dem Abschluß der russisch-japanischen Friedensverhandlungen. In dem Augenblick, wo der Bruch unvermeidlich schien, erfolgte eine Verständigung.

Die Einzelheiten des Abkommens sind noch nicht bekannt und werden es schwerlich vor der Rückkehr der Delegierten nach Christiania und Stockholm werden.

Wahlresultat aus Schweden. Bisher fanden von 230 Wahlen 174 statt. Die Linke und die Gegner der Proportional-Wahlmethode gewannen wahrscheinlich 16 bis 17 Plätze. Die Sozialdemokraten erhielten den achten Vertreter im Reichstage.

Aus Rußland.

Spitzels verdientes Ende.

In Warschau ist, dem „Berl. Lokalanzeiger" zufolge, ein früherer Gießereibesitzer Wroblewski, der in dem Verdachte stand, der Polizei Spitzeldienste zu leisten, Montag Vormittag von drei Unbekannten durch sechs Revolverschüsse ermordet worden.

Ferner sind wiederum sozialistische Flugschriften zur Verteilung gebracht worden, in denen Todesurteile gegenüber hochgestellter Persönlichkeiten angekündigt werden.

Gorki gegen die Polizei-Duma.

Das Gerücht, Maxim Gorki wolle für einen Sitz in der Reichsduma im Gouvernement Nishni-Nowgorod kandidieren, wird von Maxim Gorki in der „Pet. Gaz." mit einer Bemerkung widerlegt, in welcher der Schriftsteller erklärt, daß es seine politischen Ueberzeugungen nicht gestatten, sich an der Arbeit der Reichsduma zu beteiligen.

Er straft sie mit Verachtung. Bravo!

Neue Schergentaten.

Wegen Ermordung und Beraubung zweier jüdischer Arbeiter herrscht in Riga große Erregung. Der bereits verhaftete Mörder ist angeblich ein litauer Polizist.

Trotz des Friedens!

Wladiwostok, 18. September. (Meldung der „Petersburger Telegr.-Agentur.") Der japanische Admiral Catoga hat mit den Schiffen „Idzumi" und „Suma" am 12. d. Mts. Petropawlowsk beschossen, die Gebäude am Leuchtturm und andere zerstört. Der Feind plünderte das Pulvermagazin, tötete Vieh und nahm der Bevölkerung die Feuerwaffen weg. Der Bezirkschef flüchtete mit Frauen und Kindern und der Staatskasse in das Innere. Das amerikanische Schiff „Australien", gechartert von der Handels- und Industriegesellschaft „Kamtschatka", wurde von den Japanern im Hafen genommen. Getötet oder verwundet wurde niemand. Die Häfen Ajan und Ochotsk wurden ebenfalls zerstört.

Neue Verhaftungen.

Die Verhaftungen in Petersburg nehmen wieder großen Umfang an. Während der letzten vier Tage sind 344 Personen verhaftet worden. Bei drei Arbeitern der Werkstätten der Warschauer Bahn wurden größere Vorräte an Waffen und Patronen gefunden. An der Grenze wurden zwei Waggons, die angeblich mit Spielwaren beladen sein sollten, beschlagnahmt. Bei der Untersuchung ergab sich, daß die Gummibälle mit Dynamit gefüllt waren.

Partei-Angelegenheiten.

Die da auf „Spaltung der Partei" in Jena warten, führt ein Proletarier-Dichter folgendermaßen ab:

Die Gegner liegen auf der Lauer!

In Jena bricht der Ring entzwei,
Ganz sicher ist von langer Dauer
Nicht mehr die Einheit der Partei.
Es läßt sich nicht zusammenhalten
Das riesige Millionenheer.
Sie müssen sich doch einmal spalten,
Reibflächen gibt es immer mehr.
Der Massenstreik der Radikalen
Hat die Genossen schon entzweit,
Der Stimmenrückgang der Nachwahlen
Beleuchtet grell den Bruderstreit.
Maifeier und die „Vorwärts"-Frage
Erweitern noch den großen Riß,
Die Anarcho-Sozialistenplage
Zersprengt die Massen ganz gewiß.
So hieß es schon, als sich in Dresden
Revisionisten fanden ein,
Da scholl es laut im Ost und Westen
Jetzt muß die Horde sich entzweien.
Die Masse wendet sich ab von Bebel,
Die Trennung war dort schon perfekt —
Bernstein durchhaut mit seinem Säbel
Den er im Kaftan trägt versteckt, —
Das rote Band der Volksvergitter,
Er brütet aus das Kuckucksei,
Bernstein, Braun, sie werden Stifter
Einer zahmen Volkspartei.

So hört man laut die Gegner schreien,
Sie rüsten sich zum Gimpelfang,
Schmarotzend locken die Parteien
Der Reaktion schon jahrelang.
Ach, wenn sie wüßten wie die Massen,
Gestählt durch ihren steten Streit,
Das Schmeicheln der Ausbeuter hassen,
Erkennend dessen Scheußlichkeit.
Sie lachen ob der dummen Teufel,
Die nun so lange schon geharrt,
Die Gegner, das ist ohne Zweifel,
Sie werden wieder mal genarrt.

Für die Opfer des russischen Freiheitskampfes sind bereits über **100,000 Mark** beim Parteikassierer in Berlin eingegangen. Erfreulicherweise dauern überall die Sammlungen an.

Das Vermächtnis eines kämpfenden Proletariers. Vor einigen Tagen starb in Wien der Parteigenosse Johann Maxa, Drechslergehilfe, in einem Alter von 58 Jahren an der Proletarierkrankheit. Unser dortiges Bruderblatt widmet ihm folgenden Nachruf: Der Mann war einer von den stillen Anhängern der Partei, die, ohne öffentlich hervorzutreten, der Partei unschätzbare Dienste leisten. Seine Lieblingsbetätigung war die Verbreitung von Arbeitern. Wo andere kaum den Versuch gewagt hätten, ein Arbeiterorgan anzubieten, da gab sich Maxa in zähter Ausdauer die größte Mühe. Hatte er einen neuen Leser oder Abnehmer gefunden, so machte es ihm eine große Freude und mit einem gewissen Stolze erzählte er von der Eroberung, die er gemacht, als wenn er ein berufsmäßiger Kolporteur gewesen. Der Arbeiter, der sich kein Arbeiterblatt hält, das ist kein Mensch, sagte er, und so war ihm jeder Arbeiter verhaßt, der Zuneigung zur gegnerischen Schundpresse hatte. Nur durch die gute Arbeiterpresse kann der Mensch erzogen werden, das war sein Grundsatz. In der letzten Zeit war er sehr kränklich, mit der Arbeit ging es auch nicht mehr. Zum Glück hatte er keine Familie. Im 5. Bezirk wohnhaft, hatte er nur noch den einen Wunsch am Herzen, die bevorstehenden Wahlen in den Reichsrat zu überleben, um zu wissen, ob es denn nicht doch in diesem Wahlkreis gelingt, die Reaktion niederzuringen und einen Sozialdemokraten durchzudringen. Leider ging sein Wunsch nicht in Erfüllung. Gestern wurde die Leitung der Krankenkasse der Drechsler von dem Notar verständigt, daß Johann Maxa laut Testament sein ganzes Vermögen, bestehend in Kleidern, einer Drehbank und 300 Kronen, der Gehilfenkrankenkasse vermacht hat. Dieser Entschluß eines Drechslergehilfen zeigt am besten, welch ein braver Mensch und Parteigenosse er war. Ehre seinem Andenken!

Arbeiterbewegung.

Ein Streik aus religiösen Motiven. In der Dampfziegelei Hampendorf bei Erlangen streiken die Arbeiter, weil ihnen von der Besitzerin — übrigens selbst Katholikin — die Teilnahme an der zweitägigen Wallfahrt nach Gößweinstein, die an einem Werktage begann, versagt worden war.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 19. September 1905.

* **Im Sozialdemokratischen Verein** stand gestern als zeitgemäßes Thema: „Rußlands Bankerott" auf der Tagesordnung der gut besuchten Versammlung. Der Referent Gen. Rob. Albert zeigte in seinem Vortrage, wie der finanzielle Zusammenbruch Rußlands unaufhaltsam näher rückt. An dieser Tatsache vermögen alle Beschwichtigungsversuche, die von der deutschen Regierung aus Liebedienerei vor Rußland unternommen werden, nichts zu ändern. Allerdings, die deutschen Kapitalisten haben bisher diesen Beschwichtigungsversuchen und dem Umstande, daß bisher die Kurse von russischen Papieren nichts weniger als eine sinkende Tendenz zeigten, vertraut; ihre Arbeiter haben sie mit Hungerlöhnen abgespeist, dafür aber 3000 Millionen zum Kriegführen an Rußland gegeben, von denen sie vielleicht nie etwas zurückerhalten werden. Wenn Rußland bisher die Kurse seiner Papiere hochzuhalten wußte, so nur durch das Manöver, daß es mit dem gepumpten Gelde die von den kleinen Leuten abgestoßenen Papiere aufkaufte. Seit zwanzig Jahren hat die Entwickelung Rußland dahin gedrängt, wo es jetzt steht. Diese Entwickelung weist sehr viel Aehnlichkeit auf mit der von Frankreich von 1789. Was Rußland unrettbar dem Ruin entgegenführt, sind die ständigen Hungersnotepidemien, die Finsternis, die in geistiger Beziehung über den Massen lagert und nicht zum wenigsten die nationale Zerrissenheit und die Beamten-Korruption. Das Reich umfaßt mehr als 140 verschiedene Volksstämme. Wiederholt werden diese, wie jetzt in Baku, von den eigenen Schergen zu Nationalitätenkämpfen aufgehetzt — ein Ausfluß der Politik Väterchens, der genau weiß, daß er selbst geschützt ist, solange sich die Völker noch untereinander selbst zerfleischen. Der Zar will natürlich den „Frieden" und so schickt er Militär in die betreffenden Gebiete, um die Ordnung wieder herzustellen, nie aber früher, als dort eine große Metzelei gelungen ist. Nur unter solchen Nationalitätenkämpfen vermag der Zarismus sich zu halten, denn solange sich die Völker unter einander zerfleischen, vergessen sie die übrigen faulen Dinge im Staate. Schon jetzt sieht sich Rußland genötigt, ständig neues Geld zu borgen, nur um die Zinsen der vorhandenen Schulden zu bezahlen. Trotz der Goldwährung ist Rußland arm an Gold. Während das Volk hungert, muß Rußland deshalb für etwa 500 Millionen Rubel Getreide ausführen, um die Einnahmen zum größten Teil zur Deckung von Schuldzinsen zu verwenden, die bereits die laufende Summe von über 700 Millionen Mark jährlich betragen. Die Steuerschraube läßt sich nicht fester anziehen, dies würde die Revolution der Bauern bedeuten. Die Eisenbahnen, die sonst in allen Ländern große Ueberschüsse abwerfen, erfordern in Rußland einen Zuschuß von 270 Millionen Rubel pro Jahr. Deutschland verbraucht 17 Prozent seiner Einnahmen für Heer und Marine und werden diese Lasten als äußerst drückend empfunden, Rußland verwendet für die gleichen Zwecke 36 Prozent. Das schlimmste von allem aber ist, daß Rußland mit 1/8 seiner Einnahmen auf den Schnapsgenuß angewiesen ist, das kann zu keinem guten Ende führen. Die Schnapsfabrikation ist staatlich und erbrachte 1903 einen Ueberschuß von 360 Millionen Rubel. Die Landwirtschaft kann sich unter den heutigen Umständen nicht weiter entwickeln, die Industrie gleichfalls nicht und zwar u. a. wegen der mangelhaften Bildung der unteren Volksschichten.

Nur zwei Prozent seiner Ausgaben verwendet Rußland für Schulzwecke, von 20 Millionen Kindern besuchen 16 Millionen überhaupt keine Schule; die Lehrer erhalten „Gehälter" von 8 bis 10 Rubel pro Monat. Zu dem allen tritt dann die Korruption unter den russischen Beamten, überall wird gestohlen und betrogen, dafür gibt Rußland dann 205 Millionen Rubel für „die Verwaltung der Finanzen" aus. Der „heilige Synod" kostet jährlich 30 Millionen Rubel; die russische Zivilliste ist mit 100 Millionen Mark die höchste der Welt. Die Bodenschätze sind aber keineswegs so groß, um bei Eintritt eines Zusammenbruchs den ausländischen Gläubigern als Deckung zu dienen. Die Kohle z. B. ist schwer abzubauen und eignet sich nicht zur Gasbereitung. Die Eisenerzgruben liegen wieder nicht in der Nähe von Kohlengruben, so daß eine besonders lohnende Ausnutzung nicht möglich ist. Nach alledem kann niemand genug gewarnt werden, der russischen Regierung Geld anzuvertrauen. Frankreich werde, da es sich nicht vergrößere, nicht mehr lange zum „Pumpen" in der Lage sein. Wenn Deutschlands patriotische Kapitalisten auch fernerhin Geld hergäben, so werde auch das den Bankerott Rußlands nicht aufhalten, zumal die Revolution in ihrem Vordringen nicht mehr aufzuhalten sei. Rußlands schließlicher Bankerott schade weniger Rußland, als die übrigen Länder, vor allem Deutschland. Deshalb hoffen wir auf den Sieg der russischen Revolution! (Lebhafter Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Vereinsangelegenheiten teilt Genosse Schütz mit, daß auf dem Parteitage die Organisationsfrage zuerst zur Verhandlung kommen wird. Ferner, daß in nächster Zeit der Verein wieder Volksvorstellungen veranstalten wird.

Genosse Wiener gibt bezüglich des Verbandes der Bauarbeiter bezw. des Genossen Machol eine Erklärung dahingehend ab, daß dieser Verband die Gewerkschaftshausfrage nur wegen der herrschenden Lohnstreitigkeiten noch nicht auf die Tagesordnung einer Versammlung setzen konnte und nicht, wie er geglaubt habe, daß dies absichtlich nicht geschehen sei.

Die Genossen Burgund, Müller, Schütz, Fischer und Heymann sprachen noch kurz zu der Notiz in den bürgerlichen Blättern, wonach sich einige Gewerkschaftsführer ohne jedes Recht an den Saalbesitzer-Verein gewandt haben, in der Erwartung, so die Lokalfrage lösen zu können. Dieses Vorgehen, zu dem die Betreffenden von keiner Seite autorisiert waren, wurde von allen Rednern gemißbilligt. Indeß will man in der Angelegenheit zuerst das Gewerkschaftskartell zum Wort kommen lassen, bevor der Verein hierzu endgiltig Stellung nimmt. Schluß der erfreulich gut besuchten Versammlung 1/4 11 Uhr. rd.

* **Große Etats-Ueberschreitungen** werden neben den schon mitgeteilten die nächste Stadtverordnetensitzung beschäftigen. Unter den Vorlagen befindet sich eine ungewöhnlich große Zahl solcher, die Etatsverstärkungen betreffen, also Geldbewilligungen zur Deckung von Etatsüberschreitungen und sonstigen Mehraufwendungen gegen den Etat 1904 fordern. Die Gesamtsumme, die in diesen nicht weniger als 45 Vorlagen verlangt wird, beläuft sich auf über 820,000 Mark. Auch vorher sind schon Verstärkungen für 1904 nachgesucht und bewilligt worden. Unter den obigen 45 Vorlagen finden sich acht, in denen Beträge von mehr als 10,000 Mark gefordert werden. Es betrifft dies: die allgemeine Verwaltung (51,149 Mk. 77 Pf.), die Fortbildungsschule (21,339 Mk. 69 Pf.), die allgemeine Armen- und Wohlfahrtspflege (20,438 Mk. 87 Pf.), die Armen- und Pflegeanstalten (17,078 Mk. 83 Pf.), die Hafenverwaltung (11,475 Mk. 56 Pf.), die Bauverwaltung (16,019 Mk. 17 Pf.) die Elektrizitätswerke (357,197 Mk. 88 Pf.) und die Beamtenbesoldungen (35,975 Mk. 53 Pf.). Eine Etatsverstärkung für das Allerheiligenhospital (9,390 Mk. 47 Pf.) bleibt nur wenig unter 10,000 Mk. Der Hauptposten von fast 360,000 Mk. für die Elektrizitätswerke setzt sich zusammen aus über 180,000 Mk. eigentlicher Etatsverstärkung und über 177,000 Mk. „bei dem der Nachbewilligung nicht unterliegenden Durchbuchungstitel „Lager und Werkstatt" und durch Kursverluste bei Veräußerung von Effekten". Der Etat für 1904 ging mit rund 23 Millionen Mark aus.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Holzarbeiter!** In Oels sind 16 Möbeltischler der Möbelfabrik von Grollmus in den Streik getreten. Die Ursachen der Differenzen sind zum Teil in der Nichteinhaltung der im Vorjahr zwischen Grollmus und dem Holzarbeiter-Verband getroffenen Vereinbarungen, zum nicht geringen Teil aber auch durch höchst unqualifizierbare Behandlung der im Holzarbeiter-Verband organisierten Arbeiter entstanden. Die Gereiztheit des Herrn Grollmus gegen alles, was Einigkeit und Solidarität bedeutet, geht sogar so weit, daß er seinen Lehrlingen — deren er ja eine größere Zahl zur Ausnutzung angeworben hat — verbietet, den bekannten Bleistift „Solidarität" zu benutzen. Mit den Streikenden wegen einer Beilegung der Differenzen zu unterhandeln, dazu hat der Herr bis heut keine Zeit gehabt. Die Streikenden ihrerseits haben wenig Lust, die Zeit damit zu verbringen und zu warten, bis Herr Gr. sie in Gnaden wieder aufnimmt, sondern werden es vorziehen, dieser Musterwerkstatt für immer den Rücken zu kehren. Zuzug ist fernzuhalten.

In Kattowitz sind am Montag früh zirka 150 Bautischler in den Streik getreten, weil der von ihnen an die Arbeitgeber eingereichte Akkordtarif nicht anerkannt wurde.

Die Tarifbewegung erstreckt sich auch auf die Orte Königshütte, Gleiwitz und Laurahütte.

Zuzug ist fernzuhalten.

* **Achtung, Bauarbeiter!** Gesperrt sind wegen Nichtzahlung des Stundenlohnes von 35 Pf. die Bauten der Maurermeister Zimmer, Krämer und des Herrn Göbel in Kleinburg.

Die Lokalverwaltung der Bauhilfsarbeiter.

* **Achtung, Holzarbeiter!** Differenzen sind in der Luxusmöbelfabrik H. Gärtner, Liegnitz, ausgebrochen. Zuzug von Tischlern ist daher streng fernzuhalten.

Die Lokalverwaltung.

* **Achtung, Tapezierer!** Dienstag, den 26. September, Abends 8 Uhr im Restaurant Helmrich (früher Pilz), Kleine Groschengasse 15, Generalversammlung der Ortskrankenkasse. Mitglieder erscheint vollzählig, da die Neuwahl des Rendanten auf der Tagesordnung steht. Die Mitglieder der Hamburger Krankenkasse werden dringend ersucht, bis zum Abschluß dieses Quartals ihre Beiträge zu bezahlen. Diese Aufforderung ergeht vom Hauptvorstand aus nötigen Gründen. Die Lokalverwaltung.

Neueste Nachrichten.

Neue Metzeleien in Rußland.

Auf Befehl des Zaren ist über Bialystok und den Bialystoker Kreis der Kriegszustand verhängt worden.

Fünf Omnibusse, mit armenischen Flüchtlingen aus Schusha angefüllt, wurden Nachts in Tiflis von Tataren angegriffen, die die Mehrzahl der Männer ermordeten und die Frauen in die Gefangenschaft schleppten.

Die Direktion der großen Gießerei von Siemens in Kedab im Kaukasus hat General Schirinkin um Entsendung von Kosaken gebeten, da ihre Gegend von bewaffneten tatarischen Banden umringt sei, die damit drohen, daß sie den Angestellten das Leben nehmen wollen. Trotzdem wage man nicht, Waffen an die Arbeiter zu ihrer Verteidigung zu verteilen.

Eine Menschenmenge von ungefähr 2000 Personen griff in der Nacht in Rulais einen Waggon mit Gefangenen in der Station Alchaba an. Zahlreiche Anarchisten wurden während eines heftigen Feuergefechts, das auch unter der Bedeckung des Zuges Opfer forderte, getötet und verwundet.

Noch ein Erdbeben in Süditalien.

Infolge eines sehr starken Erdstoßes stürzten mehrere Häuser in Secagliano, Rose, Aillo, Rogtsano, Bisignano, Jimnofridbo ein. Jedoch wurde niemand verletzt. In San Pietro ereignete sich ein Erdstoß während des Besuches des Ministers Ferraris. Die erschreckte Bevölkerung floh. In Martizano fand ein großer Erdsturz statt. Dabei stürzte ein Berg in das Tal herab. Mehrere Gebäude wurden zerstört. In Tambrone im Bezirk Monte Leone wurde ein Bauer, der vor 9 Tagen verschüttet wurde, noch lebend zutage gefördert. Der Ausbruch des Stromboli dauert fort.

Meteorologische Beobachtungen

18. u. 19. Sept.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 14,6	+ 10,3	+ 6,2
Luftdruck bei 0° (mm)	756,9	756,1	754,9
Dunstdruck (mm)	5,7	6,7	5,4
Dunstsättigung (pCt.)	46	72	76
Wind (0—12)	NO 3	O 1	SO 2
Wetter	wolkig	heiter	heiter

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 16. September.

Heirats-Ankündigungen. III. Maschinentechniker **Max Ackermann**, evang., Uferstraße 26, und Marie Bohr, kath., Uferstraße 24. — Maurer Hermann Schwarz, evang., Weinstraße 76, und Wilhelmine Bancnus, evang., Tauentzienstraße 56. — Revolverdreher Paul Schönfelder, evang., Hildebrandtstraße 8, und Anna Schlegr, evang., Mittelfeld 1, „Brückner-Haus". — Arbeiter Albert Warstadt, evang., Vincenzstraße 5, und Emma Grötzke, evang., Gneisenaustraße 16. — Schuhmachermeister Wilhelm Krause, evang., Uferstraße 29, und Johanna Lempich, geb. Aßmann, kath., Michaelisstraße 56. — Tischler Adolf Beyer, kath., Am Wäldchen 22, und Ida Machunze, kath., Bärenstraße 7. Barbier Oskar Scholz, kath., Mehlgasse 89, und Anna Hellmann, evang., Mehlgasse 55. — Schneider Paul Siegemund, evang., Kreuzburgerstraße 14, und Martha Sohn, evang., Mehlgasse 59. Klempner Oskar Marx, kath., Fürstenstraße 26, und Ida Fichtner, evang., Laurentinsstraße 3. — Arbeiter Julius Dittrich, evang., Vincenzstraße 10, und Klara Heidig, kath., Oelsnerstraße 17. — Schneider August Turbginski, kath., Rosenstraße 13, und Marie Pelz, kath., Weinstraße 5. — Stadtreisender Alfred Hirt, kath., Friedrichstraße 77, und Auguste Scholz, kath., Bartschstraße 12. — Eisenbahnarbeiter Karl Pachnike, kath., Posenerstraße 95, und Emilie Mücke, evang., Weißenburgerstraße 2. — Buchdruckmaschinenmeister Bruno Kroker, kath., Gellhornstraße 31, und Gertrud Menzel, kath., Gellhornstraße 24. — Buchdruckereiarbeiter Paul Lanaer, kath., Schützenstraße 3, und Lucia Pötzr, kath., ebendas. — Buchhalter Felix Scholz, kath., Matthiasstraße 155, und Agnes Hoffmann, kath., ebendaselbst. — Schuhmachermeister Johann Gebel, kath., Nebengasse 8, und Anna Kuchta, kath., Bahnhofstr. 1a. — Arbeiter Gustav Sternpke, ev., Berlinerstraße 46, und Emma Tarsemann, evang., Piastenstraße 26. — Arbeiter Hermann Schindler, evang., Vorwerkstraße 92, und Hedwig Schmidt, kath., Hedwigstraße 26. — Arbeiter Hermann Bischof, kath., Schießwerderstraße 53, und Margarete Nahmacher, geb. Fichtner, kath., ebendaselbst. — Schriftsetzer Ernst Fe smann, evang., Weinstraße 14, und Elise Engert, evang., Oelsnerstraße 19. — Glaser Paul K nke, kath., Matthiasstraße 156, und Pauline Wenzler, evang., Siedlerstraße 14. — Glasmaler Paul Conradi, evang., Heinrichstraße 4, und Maria Barenowski, kath., Weißenburgerstraße 38. — Former Josef Bazil, kath., Matthiasstraße 157, und Emma Staar, evang., ebendaselbst. — Handlungsgehilfe Fritz Schmolke, kath., Christophorusplatz 9, und Martha Gläser, kath., Greisenaustraße 8. IV. Buchhalter Josef Gittel, kath., Bartschstraße 7, und Helene Pfeffer, evang., Gräbschenerstraße 73. — Buchhalter Fritz Dunkel, evang., Gräbschenerstraße 33, und Auguste Elsel, kath., Gartenstraße Nr. 73. — Geh. expedierender Sekretär im Reichsamt des Innern Max Wilczok, kath., Berlin, und Gertrud Hellmich, evang., Kurfürstenstraße 15. — Kaufmann Paul Brandt, evang., Landsberg a. Warthe, und Toni Schneider, evang., Viktoriastraße 21. — Techniker Richard Friese, evang., Seydlitzstraße 8, und Ida Arlt, evang., Schloß Körnitz.

Eheschließungen. III. Matrose Walter Menzel, evang., Ottostraße 12, mit Martha Meißner, evang., Schießwerderstraße 39. — Werkführer Max Fischeder, evang., Trebnitzer Chaussee 86, mit Maria Kullig, kath., Klettendorf. — Steuererheber Franz Nitschke, kath., Rosenthalerstraße 10c, mit Charlotte Knappe, evang., Rosenthalerstraße 13a. — Arbeiter Friedrich Vater, evang., Rotplatz 15, mit Auguste Ludwig, geb. Kasprzak, freireligiös, ebendaselbst. — Gerichtskandidat Paul Hubert, evang., Viktoriastraße 114, mit Fanny Szczesny, geb. Hübner, evang., Kleine Fürstenstraße 14. — Arbeiter Hermann Thiel, evang., Messergasse 24, mit Anna Kache, evang., Hirschstraße 79. — Klempner Otto Drach, evang., Gertrudenstraße 7, mit Bertha Schütze, katholisch, Gertrudenstraße 9. — Schiffseigner Fritz Wilk, evang., Marktgasse 16, mit Ida Gregor, evang., Laurentinsstraße 21. — Bankbeamter Franz Sonntag, evang., Fürstenstraße 79, mit Gertrud Erdmann, evang., Roedigerstraße 16. — Weichensteller August Brause, kath., Klosterstraße 139, mit Ottilie Bajer, kath., Heinrichstraße 5. — Schneider Josef Greimann, kath., Sagstraße 15, mit Anna Alker, kath., Roßgasse 14. — Tischler Franz Blau, kath., Kleine Scheitnigerstraße 40, mit Anna Grosser, kath., ebendaselbst. — Schlosser Robert Winter, kath., Seitengasse 5, mit Martha Pilsner, kath., ebendaselbst. — Schneidermeister Josef Scholz, kath., Mehlgasse 81, mit Martha Brauner, evang., Werderstraße 28. — IV. Kellner Alois Schädler, kath., Luisenstraße 8, mit Ida Randke, evang., ebendaselbst. — Kaufmann Karl Friedmann, jüd., Zwingerstraße 8, mit Katharina Lomnitz, jüd., Moritzstraße 36, Handlungsreisender Heinrich Steinert, jüd., Freiburgerstraße 2, mit Meta Kassel, jüd., Höchenstraße 15.

Geburten. I. Schuhmacher August Schönfeld, evang., S. — Fleischermeister Friedrich Petroff, evang., T. — Kontordiener Hermann Tiroke, evang., T. — Haushälter Karl Kuza, evang., S. — Tischler Ernst Eisener, evang., S. — Prakt. Arzt Georg Frey, ev., T. — Zahlmeister-Aspirant Paul Meier, kath., S. — Kärtner Karl Becker, evang., T. — Sattler Gustav Happrich, kath., T. — Klempner Paul Bunke, kath., T. — Juwelier Karl Welte, kath., S. — Schuhmacher Jakob Onderka, kath., T. — Kutscher Karl Schmigalle, evang., S. — Werkführer Paul Anders, kath., T. — Schneider Karl Brier, kath., S. — Maler Reinhold Scholz, kath., S. — Arbeiter Wilhelm Wuttke, evang., S. — Kutscher August Helm, evang., T. — Haushälter Robert Borkowski, kath., S. — Zimmermann Gustav Otto, evang., S. — Kutscher Ernst Blaschke, evang., S. — Arbeiter Karl Grüner, kath., T. — Restaurateur Otto Sotta, evang., S. — Schlosser Paul Bensch, kath., T. — II. Uhrmacher Max Teige, evang., T. — Stellmacher Stanislaus Piasecki, kath., T. — Königl. Landrichter Dr. jur. Ernst Pape, evang., S. — Konditor Heinrich Halchel, kath., S. — Droschkenbesitzer Robert Krautwald, evang., T. — Postschaffner Hermann Martiske, evang., T. — Hofvitaldiener Friedrich Bittmel, evang., T. — Eisenbohrer Robert Schuhknecht, evang., S. — Schlosser Alfred Wollanik, evang., S. — Schuhmacher Karl Krautwald, kath., T. — Obermonteur Hermann Preßgott, evang., T. — Desinfektionsbeamter Maximilian Baum, evang., T. — Droschkenbesitzer Wilhelm Fröhlich, evang., T. — Arbeiter Paul Lanoner, evang., S. — Bäckermeister Hermann Prussog, evang., S. — Tapezierer Georg Schlaske, kath., S. — Schlosser Hubert Kandler, evang., T. — Volksschullehrer Ernst Onbeck, evang., S. — Handlungsgehilfe Kime (Wilhelm) Caspari, jüd., T. — Maurer Johann Leyke, kath., T. — Schmied Gustav Schwarz, evang., S. — Kutscher Gustav Gürtler, evang., T. — Buchhalter Hermann Schnalke, evang., S. — Schlosser Richard Holenz, evang., T. — Tischler Josef Fabich, kath., S. — Glasschleifer Gottlieb Tietze, evang., T. — Postbote Oswald Beinlich kath., S. — Arbeiter Johann Wachinski, kath., S. — Kutscher Karl Kitsche, evang., T. — Begleitmann Ernst Gottschalk, kath., T. — Schneidermeister Ernst Blache, evang.-luth., S. — Schneider Martin Tietze, evang., T. — Papierzuschneider Fritz Alexander, ev., S. — III. Schneider Julius Thiel, kath., T. — Maurer August Franke, kath., S. — Kutscher Hermann Grunner, evang., S. — Klempner Max Neumann, evang., S.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission

Breslau, 18. September.

	Pro 100 Kilogramm					
	gute		mittlere		geringere Sort.	
	höchst	niedr.	höchst	niedr.	höchst	niedr.
Weizen weißer, alter	17.40	16.90	16.80	16.40	16.30	15.40
Weizen weißer, neuer	16.80	16.00	15.90	15.10	15.00	14.00
Weizen gelber, alter	17.30	16.80	16.70	16.30	16.20	15.80
Weizen gelber, neuer	16.70	15.90	15.80	15.00	14.90	13.90
Roggen	14.60	14.00	13.90	13.50	13.40	12.50
Gerste	15.00	14.50	14.40	13.90	13.20	12.80
Hafer, alter	14.40	14.00	13.90	13.20	13.10	12.60
Hafer, neuer	13.10	12.60	12.50	12.10	12.00	11.60
Viktoria-Erbsen	18.00	17.00	16.00	15.00	14.00	13.00
Erbsen	17.50	17.00	15.80	14.80	14.00	13.50

Heu pro 50 Kilogramm 2.20—2.60 Mk.
Stroh, altes, pro Schock 26.00—28.00 Mk.
Stroh, neues, pro Schock 22.00—24.00 Mk.
Winterraps 22.10—20.10—18.10 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl ruhig, per 100 Kilogr. inkl. Sack brutto Weizenmehl 00 ruhig, 22.50—23.50 Mk. Roggenmehl 00 ruhig, 20.50—21.50 Mk. Roggen-Hausbacken ruhig, 19.50—20.50 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.50 bis 11.00 Mk. Weizenkleie ruhig, 10.00—10.50 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 19. September:
Korkarbeiter. Zimmer 1.
Lithographen. Zimmer 2.

Mittwoch, den 20. September:
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 21. September:
Knopfarbeiter. Zimmer 2.

Dienstag, den 26. September:
Drechsler-Versammlung. Zimmer 2.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 2. Dienstag, den 19. September, Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Zahlreiches Erscheinen erwünscht wegen Teilung des Bezirks.

Bezirk 19. Dienstag, den 19. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Teilung des Bezirks und Neuwahl eines Bezirksführers.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Bezirk 11. Sonnabend, den 23. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Bezirk 13. Mittwoch, den 20. d. Mts.: Besprechung und Zahlabend.

Bezirk 14. Mittwoch, den 20. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend, und Teilung des Bezirks. Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig.

Bezirk 16. Dienstag, den 19. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Wichtige Besprechung.

Bezirk 17. Mittwoch, den 20. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Bezirk 17a. Donnerstag, den 21. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Distrikt VI (Ohlauer Tor).

Genosse Oskar Schloms, Palmstraße 17, pt. links, hat meine Vertretung als Distriktsführer während meiner Abwesenheit übernommen.

Distrikt VII (Innere Stadt).

Dienstag, den 19. September, Abends 8½ Uhr: Bezirksführer- und Mitglieder-Zusammenkunft. Mitgliedsbuch und Bezirkslisten sind zur Kontrolle mitzubringen. Abrechnung von der Lassallefeier.

Distrikt IX (Gabitz) (umfassend die Bezirke 91, 91a, 91b, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98.)

Bezirke 91, 91a und 91b. Dienstag, den 19. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend.

Nicht nur die Bezirke 91, 91a und 91b haben Zusammenkunft, sondern auch alle übrigen, im bekannten Lokal.

Distrikt XI (Odertor).

Donnerstag, den 21. d. Mts., Abends 7 Uhr: Vorarbeit zur Volkswacht-Agitation.

Bezirk 47 (umfassend Rosen- und Elbingstraße). Mittwoch, den 20. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Bromberg. Versammlungslokal: Koppke, Thornerstr. 31. **Frauen-Versammlung** Donnerstag, den 21. September, Abends 7½ Uhr. Tagesordnung: „Die Kinderarbeit und deren Schäden." Referent: Frau Reitz. Männer haben Zutritt.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Albert.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von **Oskar Schütz**; — Druck von **Th. Schatzky** G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. **Hierzu 1 Beilage.**

Sonnabend, mittag 12¾ Uhr, verschied sanft nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Grossvater, Schwager und Onkel, der Schneider

Robert Kinzel

im Alter von 69 Jahren.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus, Gabitzstrasse 3, nach Gräbschen. 2454

Ortskrankenkasse für Stuckateure.
Der in der **Generalversammlung am 26. März 1905** angenommene **I. Nachtrag** zum Kassenstatut hat die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses erhalten und tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.
Breslau, den 19. September 1905. **Der Vorstand.** 2463

Eltern und Vormünder!
Gebet Euren Kindern und Schutzbefohlenen einen
Schatz fürs ganze Leben
und lasset sie zu
tüchtigen Buchhaltern, Kontoristen, Korrespondenten
heranbilden in
Heinrich Barber's ältester Handels-Lehranstalt
Breslau, Graupenstraße 12. 2248

Stadt-Theater.
Dienstag: „Carmen."
Mittwoch: „Der Freischütz."
Donnerstag zum 1. Male: „Faust" (1. Teil.)

Lobe-Theater.
Dienstag: „Die große Leidenschaft."
Mittwoch: „Die Siebzehnjährigen."
Donnerstag: „Frühlingsluft."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
Dienstag: Gruppe A, 2. Vorstellung: „Der Düttenbesitzer."

SCALA Nikolaistrasse 27.
Original Budapester.
Der Schadchen,
Der Schnorrer
und Spezialitäten.

Auschneiden! Gilt als Vorzugskarte f. 1—4 Pers.
Breslauer Konzerthaus
Nur noch kurze Zeit
Neumann-Blumchen
und
Steidl.

Die Krone ist und bleibt VIOLA
Delicatess-Margarine als bester BUTTER-Ersatz.

Der politische Massenstreik
Vortrag von Ed. Bernstein in Breslau.
Konfisziert gewesen!
Preis 20 Pfg.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Liebich's Etablissement
Telephon 1646
Ernest Thorn, Illusionist. Luft-Ballet Grigolatis. Riogeku! die unvergleichlichen „Japaner". Willi Prager etc. etc.
Anfang 7½ Uhr.

Mein Bureau befindet sich jetzt
Gartenstr. 51
Justizrat Dr. Honigmann

Ausstattungs-Möbel
kaufen Sie a. billigsten u. reellsten bei Schreiter, Vincenzstr. 24.

1 gebr. Sing. Masch. f. 21 Mk. bei Rosenfeld, Neumarkt 1.

Victoria-Theater (Simmenauer Garten).
12 Attraktionen 12
unter anderem:
Capt. Rudolf's Wunder-Elefanten.
Pass wochentags gültig.
Anfang 7½ Uhr.

Nichts
geht über einen guten Vogelgesang. Dies zu erreichen ist leicht mit meinem
Singfutter
in Paketen à 10 und 25 Pfennig.
Ueberall käuflich.
Daniel Hoffmann, Paulst. 12.

Gute Speisekartoffeln
Zt. 2 M. frei Haus, 5 Zt. 16 Pf.
Neumarkt 22, Hof.

Soeben erschien:
Das erste Lebensjahr.
Wie ernähren und pflegen wir den Säugling?
Von Dr. R. Silberstein.
Preis 20 Pfg.
Durch die Expedition und Kolporteure erhältlich.

Neu erschienen! Neu erschienen!
Von den im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts" unter dem zusammenfassenden Titel **„Kulturbilder"** herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen.
Dieser Band behandelt:
Die Hohenzollern-Legende
von **Max Maurenbrecher.**
Jeder Band unserer Kulturbilder ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug dieses Werkes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht."
50 Lief. à 20 Pfg. Wöchentlich 1 Heft.

Beilage zu Nr. 219 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 20. September 1905.

Die heutige Sozialdemokratie im Lichte der „Kölnischen Zeitung“.

6. Die Politik der Sozialdemokratie und die soziale Entwickelung.

(Schluß.)

Sehen wir uns nun das politische Sündenregister näher an, das die „Kölnische Zeitung“ der Sozialdemokratie unter die Nase gerieben haben will. Da hören wir zunächst von „antinationaler Gesinnung“. Wie stets damit? Wollten wir es uns bequem machen, so könnten wir den Vorwurf mit dem Hinweis abtun, daß die Sozialdemokratie niemals ihre Internationalität in dem Sinne aufgefaßt und betätigt habe, als ob international sein antinational sein bedeute. Indes, wir wollen der „Kölnischen Zeitung“ ein Stück entgegenkommen. Gewiß, die Sozialdemokratie ist nicht national im Sinne der „Kölnischen Zeitung“, aber der Begriff national ist auch nicht an die Auslegung gebunden, der ihm zu irgend einer Zeit und von irgend einer Partei gegeben wird. Die „Kölnische Zeitung“ z. B., so „national“ sie ist, ist es doch erheblich anders, als z. B. die „Kölnische Volkszeitung“, oder etwa die agrarische „Deutsche Tageszeitung“. Das wird sie uns wohl selbst einräumen. Wohlan, die Sozialdemokratie wiederum ist ebenfalls auf ihre Weise national, und sie darf für sich beanspruchen, daß ihre Art national zu sein, nämlich in dem Sinne, daß sie das Recht jedes Kulturvolkes auf Selbstregierung und ein eigenes nationales Leben soweit anerkennt, als dies im Zeitalter des unablässig steigenden Weltverkehrs möglich und mit den gemeinsamen Interessen aller Völker vereinbar ist, daß diese Auffassung in vollster Uebereinstimmung ist mit allen kulturfördernden Tendenzen der Gegenwart, während der Nationalismus der „Kölnischen Zeitung“, der „Kölnischen Volkszeitung“, der „Deutschen Tageszeitung“ jeder mit zeit- und kulturwidrigen Tendenzen mehr oder minder stark behaftet ist. Will man sich dies recht deutlich vergegenwärtigen, so werfe man einen Blick in das soeben erschienene „Annuaire de la Ve Internationale“ von Alfred H. Fried. Wenn man dort sieht, wie dicht verzweigt und reich entwickelt das internationale Leben heute ist, dann wird man erst so recht inne, wie rückständig und kulturwidrig neun Zehntel von dem ist, was sich heute politisch als spezifisch „national“ gibt.

Zum zweiten ist nach der „Kölnischen“ die Sozialdemokratie „antimonarchisch“. Dieser Vorwurf ist genau so viel wert, wie es der Vorwurf wäre, daß die Sozialdemokratie antifeudal, antikapitalistisch, antiklerikal, kurz, daß sie — sozialdemokratisch ist. Die Monarchie ist ein geschichtliches Erbstück aus einer Zeit, wo die Völker als unmündig betrachtet und behandelt wurden. Eine Partei, die auf dem Standpunkt der Selbstregierung der Völker steht, kann niemals prinzipiell monarchistisch sein, sie kann sich höchstens zeitweise mit der monarchischen Regierungsform als einem bestehenden und von der Volksmehrheit gewollten Institut abfinden. Aber auch das ist nur dort oder so lange möglich, als die Monarchie nicht der Demokratisierung der Grundbedingungen des politischen Lebens hemmend im Wege steht, als sie nicht mit antidemokratischen Klassen und Einrichtungen solidarisch verbunden ist. Eine unbedingte Anerkennung der Monarchie vorschreiben kann nur, wer an den persönlichen Bibelgott und die Einsetzung der Monarchie durch diesen glaubt. Ist die „Kölnische Zeitung“ schon so weit? Dann geh' in ein Kloster, Ophelia! Uebrigens war der Bibelgott, wie das Buch Samuelis zeigt, von Herzen Republikaner und selbst Christus höchstens Monarchist aus Opportunismus. „Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist“. Aber was ist „des Kaisers?“

Kommt die „Gegnerschaft gegen die Grundlagen des modernen Heerwesens“. Die Grundlagen des modernen Heerwesens sind zwiespältig: auf der einen Seite demokratisch: die Allgemeinheit der Dienstpflicht, auf der andern absolutistisch-feudalistisch: die Heeresverfassung mit dem Institut der Einjährigen, der Sonderstellung des Offizierkorps, der Vereidigung des Heeres auf den Monarchen statt auf das Grundgesetz des Volkes und seine Vertreter. Zur Gegnerschaft gegen die letzteren Grundlagen des Heerwesens bekennt die Sozialdemokratie sich gern, und sie wird sie stets gern vertreten, wie sie die erstere so lange hochhalten wird, so lange überhaupt die Nationen mit der Möglichkeit von Kriegen zu rechnen haben.

Und was heißt schließlich „Versagen bei jeder positiven staatlichen Mitarbeit“ und „prinzipielle Opposition“? Muß nicht eine Partei, die ein anderes Grundprinzip des Staatswesens vertritt, als wie die Regierung und die hinter dieser stehende Mehrheit, „prinzipielle Opposition“ machen? In Ländern wirklich parlamentarischen Lebens würde kein Mensch daran Anstoß nehmen, sondern es als selbstverständlich betrachten, wenn eine solche Partei sich, wie die Sozialdemokratie, zu „positiver staatlicher Mitarbeit“ nur da versteht, wo diese mit ihrem Prinzip in Einklang steht. Aber in Deutschland mit seinem Parlamentarismus, der von Regierungs-Gnaden lebt, statt daß die Regierung von der Volksvertretungs Gnaden lebte, sieht man schon etwas ganz Unerhörtes darin, daß eine Partei sich nicht selbst entmannt.

In der Tat, worauf laufen alle die politischen Vorhalte der „Kölnischen Zeitung“ hinaus? Daß die Sozialdemokratie in allen Fragen des politischen Lebens ihre Stellungnahme konsequent gemäß ihrer Grundauffassung vom staatlichen und sozialen Leben bestimmt. Daß sie mit diesem Vorhalten — die agitatorisch-demagogische Weise des Wahl- und Parlamentskampfes“ schenken wir ihr — auf überzeugte Sozialdemokraten unmöglich Eindruck machen kann, wird sich die „Kölnische“ wohl selbst sagen. Indes sie täuscht sich auch, wenn sie annimmt, daß sie bei den Mitläufern der Sozialdemokratie damit nennenswerte Geschäfte machen wird. Wohl zeigte sich ihr „schon am politischen Horizont der Hoffnungsschimmer, daß alle jene Elemente, die teils ihrer wirtschaftlichen Stellung nach, teils wegen ihrer theoretischen Ueberzeugung niemals der Arbeiterklassenpartei angehören sollten, zu der Erkenntnis ihres Irrweges und zu dem Mut der offenen Betätigung ihrer Ueberzeugung kommen.“ Aber sie wagt eben nur erst ganz leise auf diese Umkehr zu hoffen, und wir würden ihr auch nicht raten, selbst nur den kleinsten Wert auf diese Möglichkeit zu riskieren. Denn was hat bisher das stärkste Zugmittel gebildet, das Mitläufer an die Sozialdemokratie heranzog? Gerade der Umstand, daß sie in der Politik den Mut der Konsequenz hat. Jeder Agitator der Partei wird der „Kölnischen“ das bestätigen. Hätten wir in Deutschland einen wirklichen Parlamentarismus und eine leistungsfähige bürgerliche radikale Opposition, so wäre es immerhin denkbar, daß diese letztere einmal der Sozialdemokratie Mitläufer in nennenswerter Zahl abspenstig machen könnte. Aber da wir weder das eine noch das andere haben, wäre jede Spekulation darauf verfehlt. Was wollen die paar Rückschläge besagen, die auf den drei Millionensieg vom 16. Juni 1903 gefolgt sind? Wenn die Gegner der Sozialdemokratie ehrlich gegen sich selbst sein wollen, müssen sie sich doch selbst sagen, daß nicht diese Rückschläge bemerkenswert sind, sondern nur der Umstand, daß sie nicht sehr viel größer gewesen sind, als sie wirklich waren.

Die Sozialdemokratie wird auch in Zukunft weiter wachsen, dessen darf man gewiß sein. Keine wirtschaftliche Erscheinung, keine politische Tatsache deutet darauf hin, daß es anders kommen sollte. Die Industrialisierung Deutschlands macht unausgesetzt weitere Fortschritte, die Politik des Reiches schafft immer mehr Stoff zur Unzufriedenheit. Wie wird sich unter diesen Umständen die nächste Zukunft gestalten? Welcher Entwicklung gehen wir entgegen?

Zwei Wege sind möglich. Zunächst ist es nicht ausgeschlossen, daß nach einem neuen größeren Sieg der Sozialdemokratie die Scharfmacher in den maßgebenden Kreisen die Oberhand bekommen, man mittels eines parlamentarischen oder unparlamentarischen Staatsstreichs das Reichstagswahlrecht vernichtet. Das würde Deutschland auf den Weg der gewalttätigen Revolution bringen. Auf die Revolution von oben ist noch überall die von unten gefolgt.

Der zweite Weg wäre der, daß man trotz alledem das Wahlrecht fortbestehen ließe. Dann würden aber auch in Reich, Staat und Gemeinden neue Zugeständnisse an die demokratischen und sozialistischen Forderungen der Arbeiterklasse unvermeidlich werden. Unter der gegebenen Voraussetzung eines neuen großen Wahlsiegs würde zum Beispiel das Dreiklassenwahlsystem in Preußen unrettbar zusammenbrechen. Die Zahlen der letzten Landtagswahl, die doch schließlich für die Sozialdemokratie auch nur erst eine Probe war, sprechen in dieser Hinsicht eine sehr deutliche Sprache.

Ein Fortschritt in der Demokratisierung unseres politischen Lebens wäre unabwendbar. Namentlich wenn in Rußland das zarische System weitere Schläge erhalten haben wird. Für unsere Reaktionäre keine sehr angenehme Perspektive. Unsere Regierung und diejenigen Parteien, die der Reaktion nicht verschworen sind, aber werden sich auf sie einrichten müssen, wenn sie nicht den erstbezeichneten Weg riskieren wollten. Unter diesen Umständen handeln sie nur vernünftig, wenn sie sich über Wesen und Absichten der Sozialdemokratie immer genauer zu orientieren suchen.

Trotz aller Mängel, die wir an ihnen zu rügen hatten, sind die Artikel der „Kölnischen Zeitung“ ein anerkennenswerter Anlauf dazu. Ihre Angriffe auf uns nehmen wir nicht tragisch. Nur eines hätte das Organ der rheinischen Bourgeoisie sich sparen können: das Gruseligmachen mit dem „utopistischen Zukunftsstaat“. Das paßt nicht zu seinem Ruf: „Keine Scharfmacherei.“ Wer eine freie Entwickelung will, muß an sie zu glauben suchen. Und das ist in diesem Falle nicht so schwer. Je freier die Arbeiterklasse sich entwickelt, um so sicherer wird sie es lernen, Maßnahmen zu vermeiden, die das Wirtschaftsleben der Gesamtheit zu Schaden bringen. Die „Kölnische Zeitung“ hat den besten Beweis an der von ihr betonten Entwickelung des Gewerkschafts- und Genossenschaftswesens. Würde sie ohne die trübe Brille der Partei die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Parlamenten und Gemeinden näher untersucht haben, so würde sie zu keinem andern Resultat gelangt sein. Damit soll natürlich nicht die Absicht zu radikalen Maßregeln abgeschworen sein. Nicht das Radikale ist das Verwerfliche, sondern das Volkswirtschaftswidrige und die Erziehung durch die Praxis hat vor allem den Wert, daß sie das letztere vermeiden lehrt. Im übrigen aber kann in einer Zeit, wo das Kapital tagtäglich expropriert, wo keiner Existenz eine Träne nachgeweint wird, die durch die Konkurrenz der Großen und ganz Großen zerstört wird, wo in der Industrie mit rücksichtsloser Energie nach

Kasprzak!

Von August Deppe
in der „Bremer Bürgerzeitung“.

Er schritt zum Galgen ohne Todesgrauen
Aufrechten Haupt's — ein Held der Freiheit — sterbend,
Dem es vergönnt — am Zukunftswerk zu bauen —
Durch seinen Tod noch Kampfgenossen werbend.

Ein Pfaffe trat in düst're Marterhöhle.
Wo dumpfe Moderluft den Geist ertötet,
Da packt der Grimm des Tatgeweihten Seele —
Hohn blitzt sein Aug' — der Zarenschergen betet.

Was willst du Mammonsknecht mit deinem Götzen —
Wo hehres Unglück still erhaben thronet!?
Will sich dein Bataillerherz am Grauen letzen —
Das zwischen Kerkerwänden gräßlich wohnet!?

Willst du erreiten eine „arme Seele“?—
Sieh' nur, wie sich der Dulder lächelnd wendet,
Haß, Pfaffenherz! und schone deine Kehle —
Er atmet auf — wenn dein Sermon beendet!

Und als sein Auge sah den Galgen ragen,
Da stieg ins Antlitz ihm verklärte Glut,
Da hört sein Ohr der Zukunft Wellen schlagen
Und seine Stirne trotzte Todesmut.

Er sah die Völker Friedensklängen lauschen —
Und Tyrannei und Frevel aufgehoben —
Wo Purpurfahnen hehr und mächtig rauschen —
Und wo kein Schandgerüst zum Himmel ragen!

So sank ein Held in früh erschloß'ne Grube,
Die mitleidsvoll das müde Haupt ihm bettet,
Geschäftig scharrt ihn ein der Henkerbube —
Ja, Pfaffe — seine Seele ist gerettet!

Des Doppeladlers Schwingen kühner schlagen —
Die sich're Beute ist ihm nicht entflohn!
Die er mit Klauenkrallen fortgetragen —
Sieh' her, Germania! — so starb dein Sohn!

Die Choleraseuche.

Vom 16. bis 17. September wurden im preußischen Staat zehn choleraverdächtige Erkrankungen und fünf Todesfälle, vom 17. bis 18. Mittags weitere 3 choleraverdächtige Erkrankungen und ein Cholerafall amtlich gemeldet. Von den früher gemeldeten choleraverdächtigen Erkrankungen wurde eine durch die bakteriologische Untersuchung nicht als Cholera festgestellt. **Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt bis jetzt 202 Erkrankungen, von denen 75 tödlich endigten.** Von den vom 16. bis 18. d. M. gemeldeten Neuerkrankungen entfallen auf die Kreise Rastenburg 1, Marienburg 3, Graudenz 2, Lebus 1, Stettin 2, Posen 1, Schubin 1, Czarnikau 1 und Breslau 1.

Aus aller Welt.

Aus dem dunkelsten Deutschland. Unser Bruderblatt in Königsberg teilt unter der Ueberschrift: Wer schützt den Landarbeiter, folgenden Fall mit, der auf unsere deutschen Zustände grelle Schlaglichter wirft:

Auf dem Gute Wulfshöfen bei Nautzken, im Kreise Labiau, hatte ein Instmann rechtzeitig zum 1. Oktober den Dienst bei dem Besitzer Gerlach gekündigt. Am 31. August bat der Instmann den Besitzer um das rückständige Deputatholz, da er nichts zu brennen habe. Der Besitzer gab ihm endlich aber nur einen kleinen Teil und schlechtes Holz. Damit wollte der Mann nicht zufrieden sein. Es kam zum Wortwechsel, in dessen Verlauf der Besitzer erklärte, da der Mann nicht mit dem zufrieden sei, was er, der Herr, ihm gebe, und sich noch verantworte, sei er sofort aus der Arbeit entlassen und habe binnen drei Tagen die Wohnung zu verlassen. Nun forderte der Arbeiter seinen rückständigen Lohn im Betrage von 23 Mk., erhielt ihn aber nicht. Am 1. September gab der Besitzer auch nicht das Deputatgetreide, auf welches die Familie, die aus der Hand in den Mund lebt, wie die meisten Landarbeiter, schon wartete. Auch die Milch, die der Besitzer laut Kontrakt zu liefern hatte, wurde ihm sofort entzogen. **Vollständig mittellos stand die Familie da.** Der zum Schutz angerufene Amtsvorsteher schickte den Mann nochmals zum Besitzer, er solle ihn um seinen rückständigen Lohn und weitere Beschäftigung bitten. Der Besitzer verweigerte das aber und jagte den Mann vom Hof. Nun gab der Amtsvorsteher ihm eine Armutsbescheinigung, damit er den Besitzer vor Gericht verklagen konnte.

Ja, aber was sollte die Familie so lange tun, bis vielleicht nach zwei Monaten das Gericht den Besitzer verurteilte, dem Arbeiter seinen rückständigen Lohn und Entschädigung für die Zeit seiner Arbeitslosigkeit zu geben? Es war jetzt schon kein Pfennig im Hause und die wenigen Lebensmittel waren verbraucht. Seine neue Stelle kann er erst am 1. Oktober antreten. Der Mann sann daher nach, wie er vielleicht schnellere Hilfe erlangen konnte. Er erinnerte sich, daß er mal einen sozialdemokratischen Kalender ins Haus gebracht erhalten hatte. Man hatte ihm gesagt, der sei aus Königsberg. Jetzt in der Not erinnerte er sich an vieles, was da drin gestanden hatte. Es konnten keine schlechten Menschen sein, die das geschrieben hatten. Daher beschloß er, die Sozialdemokraten in Königsberg aufzusuchen. Er hätte zwar mit der Bahn fahren können, aber dazu hatte er kein Geld. Er machte sich daher zu Fuß auf den Weg und marschierte den 27 Kilometer langen Weg nach Königsberg. Hungrig war der Mann von Hause fortgegangen. Unterwegs bettelte er sich von Justleuten ein Stückchen Brot und Wasser. Einige Bauern, die er um etwas zu essen bat, schimpften, daß so ein gesunder Kerl, anstatt zu arbeiten, betteln gehe!

Am Tage darauf irrte der Instmann nun in Königsberg umher und fragte Leute auf der Straße, wo sich doch die Druckerei befindet, in der Kalender gedruckt werden. Man verstand den Mann nicht. Endlich schickte ihn ein Schutzmann nach unserer Expedition Knochenstraße 32. Er war ziemlich erschöpft. Aber, trotzdem der Mann sich bisher fast gar nicht um unsere Partei gekümmert hatte, sollte er doch nicht die Hilfe der Sozialdemokraten vergeblich in Anspruch genommen haben. Er erhielt Frühstück. Dann wurde seine Klage gegen den Besitzer eingeleitet, worauf er dann mit einigen Lebensmitteln und etwas Kleingeld versehen, per Bahn nach Hause geschickt wurde.

Strafe für ein Hoch auf Gorki. Die Theaterdirektorin Sslowjewa hatte das Stadttheater in Witebsk gepachtet und dort u. a. auch Gorkis Datschniki zur Aufführung gebracht. Während der Aufführung dieses Stückes ertönte von der Galerie herab der Ruf: „Es lebe Gorki!“ Wegen dieser „revolutionären Kundgebung (!) hat der Gouverneur von Witebsk, Baron v. Gerschau-Flotow, das Theater sofort schließen lassen und weitere Aufführungen untersagt. Die Sslowjewa will diese Maßregelung nicht ruhig hinnehmen und hat, da sie durch die gewaltsame Schließung des Theaters bedeutende Verluste erleidet, gegen den Gouverneur einen Schadenersatzprozeß angestrengt.

Wie Pfarrer Kneipp die Cholera kurierte. Zur Behandlung der Cholera führte Pfarrer Kneipp zu Wörishofen einem Ohrenzeugen gegenüber folgendes aus: Die Gelehrten zerbrechen sich die Köpfe, wie sie die Cholera-Materie im Körper unterdrücken sollen und ordinieren Opium und Tannin. Sie sollten sich aber bestreben, diese Materie aus dem Körper zu entfernen und hierzu ist nur ein Mittel geeignet: Schwitzen. Die Cholera, sagte Kneipp, ist die einzige Krankheit, zu deren Heilung ich nicht kaltes, sondern heißes Wasser anwende. Ich nehme eine sehr grobe Leinwand, lege sie fünf bis sechs Mal zusammen, tauche sie in heißes Wasser, winde sie gut aus und lege sie dem Kranken auf Brust und Leib; vorher jedoch muß ein in heißen Essig getauchtes Tuch aufgelegt sein. Der Körper wird nun 25 Minuten gerieben, wodurch er in Schweiß gerät. Dann wird das Tuch abermals in heißes Wasser getaucht, und diese Prozedur so lange fortgesetzt, bis Krämpfe und Erbrechen aufhören. Die Kur kann man auch durch innerlich wirkende Mittel

dem Worte Nietzsches gehandelt wird; wer da schwach ist, dem soll man noch einen Stoß geben, auf daß er falle — es kann in dieser Zeit — damit wollen wir schließen — der Gedanke an die Expropriation derer, die gar keine wirtschaftliche Funktion mehr erfüllen, um so weniger unerhört erscheinen, als erfahrungsgemäß von allen Expropriationen die gesetzliche noch immer die humanste gewesen ist.

Ed. Bernstein.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Eigener Bericht.

Jena, den 17. September 1906.

Eröffnungs-Abend.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag trat heute, Sonntag, den 17. September, Abends 7 Uhr, im Volkshause zu Jena zusammen. Es ist der 16. seit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes. Infolge der günstigen geographischen Lage Jenas ist der Parteitag stärker besucht als alle vorhergehenden; besonders die Abgeordneten sind zahlreicher als je vertreten. Der Parteivorstand ist in corpore anwesend; auch die Abgeordneten Singer und Auer, die dem letzten Parteitag wegen Krankheit fernbleiben mußten, fehlen diesmal unter den Mitgliedern der Parteileitung nicht.

Die Verhandlungen finden im großen Saale des Volkshauses statt, der zu den schönsten Versammlungssälen in Deutschland gehören dürfte. Das Volkshaus ist bekanntlich ein Teil der berühmten Carl Zeißstiftung des erst vor kurzem verstorbenen Prof. Abbe. Die Ueberlassung des Saales an die sozialdemokratische Partei konnte keinen Schwierigkeiten begegnen, da sie ausdrücklich im Statut vorgesehen ist und zudem bei der Einweihung des Saales von dem jetzigen Leiter der Zeißwerke Dr. Czapski gewünscht wurde. Am Eingang des Volkshauses sind zwei durch eine Guirlande verbundene Obelisken errichtet. In ihrer Mitte grüßt eine große rote Fahne mit goldenen Lettern: „Willkommen! — Durch Kampf zum Sieg!" — Im Saale ist von dem üblichen Flaggenschmuck an den Galerien Abstand genommen worden, dagegen ist die Bühne reich mit rotem Tuch ausgeschlagen. Vor dem Rednerpult erhebt sich die Büste von Karl Marx, im Hintergrunde der Bühne stehen in einem Arrangement von Lorbeerbäumen die Büsten Wilhelm Liebknechts und Ferdinand Lassalles. Links in der Ecke steht auf einer Staffelei, von einem Lorbeerkranz umrahmt, das lebensgroße Porträt des Prof. Ernst Abbe, des hochherzigen Stifters und Arbeiterfreundes. Die Wölbung des Saales umspannt eine Draperie, auf der die Namen aller Parteitagsorte und das Karl Marxsche Wort: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" mit goldenen Lettern eingezeichnet sind. Am anderen Ende des Saales, gegenüber der Bühne, schmückt unter einer Brandfackel ein großes Plakat mit der Inschrift: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" die Wand.

In der arbeitenden Bevölkerung Jenas gibt sich ein großes Interesse für die Eröffnung des Parteitages kund. Die Galerien und die hinteren Teile des Saales sind von Arbeitern mit ihren Frauen dicht gefüllt. Vor dem Volkshause steht eine vielhundertköpfige Menge, durch die sich die Delegierten nur mit Mühe den Weg bahnen können. Aber auch die Feinde der Sozialdemokratie haben sich bemerkbar gemacht. In der Nacht sind die roten Draperien vor dem Volkshause mit Salzsäure begossen worden, so daß sie heute in aller Frühe neu wiederhergerichtet werden mußten.

Es sind über 300 Delegierte, darunter etwa 20 weibliche, angemeldet worden, ebenso eine große Anzahl von Gästen. Aus Wien sind Dr. Ellenbogen und Emmerlin für die österreichische Reichspartei, Kärbler für die niederösterreichische Landespartei erschienen, aus England Askew usw. Auch die Journalistenplätze reichen kaum aus; im ganzen sind 80 Vertreter der Presse anwesend.

In einem der kleineren Nebensäle hat die Ortsgruppe Jena des Arbeiter-Abstinentenbundes eine sehr lehrreiche, trefflich ausgestattete „Ausstellung zur Bekämpfung des Alkoholismus" veranstaltet.

Um sieben Uhr wurde der Parteitag mit dem Gesang eines von Friedrich Thieme gedichteten Begrüßungsliedes eingeleitet, das von den Arbeitergesangvereinen „Sängerchor" und „Glashütte" vorgetragen und mit jubelndem Beifall aufgenommen wurde.

Dann begrüßte

Leber-Jena

namens des Jenenser Lokalkomitees den Parteitag. Er sprach der Partei den Dank für die Abhaltung des Parteitages in Jena aus und hieß die Delegierten herzlich willkommen, einen Hinweis auf die Schönheit des Versammlungssaales anfügend. Obwohl aber den Parteigenossen dieser schöne Saal zur Verfügung stehe, sei der Klassenkampf in Jena doch nicht weniger heftig zu führen gewesen als in anderen Orten. Wenn die Arbeiterbewegung in Jena trotzdem erfreulich vorwärts gegangen sei, so sei das die Folge stets obwaltender Einigkeit zwischen den beiden großen Armen der Arbeiterbewegung, der politischen Partei und den Gewerkschaften. (Bravo.) Das Volkshaus verdanke Jena dem erst kürzlich verstorbenen Professor Abbe, den jetzt nach seinem Tode Viele für sich reklamieren, der aber im Leben nichts mit jenen Leuten gemein hatte, die die heutige Ordnung für richtig halten und daran nichts ändern wollen, daß auf der einen Seite der Reichtum, auf der anderen die Massenarmut stetig wächst. Abbe sei kein eingeschriebenes Mitglied der Partei gewesen, aber jedesmal habe er mit den Arbeitern gegen jedes Unrecht und jede Unterdrückung Schulter an Schulter gestanden und die Arbeiter, falls sie einmal dem Erlahmen nahe waren, zu neuem Vorgehen angespornt.

Redner erinnert an die Kämpfe Abbes und der Jenenser Arbeiterschaft gegen das Ministerium v. Wurmb, das jede Versammlungsfreiheit unterdrückte und sogar Versammlungen mit dem harmlosen Thema „Wie der Großvater die Großmutter nahm" (Große Heiterkeit) unmöglich machte. Er erinnerte an die letzten Wahlkämpfe und den Verrat der Nationalsozialen, die dem nationalliberalen Agrarier und Fleischvertreuerer Lehmann zum Siege verholfen haben, und ging dann auf die Geschichte der Partei in Jena ein. Jena sei für die Partei kein historischer Boden, erst in den letzten Jahren habe man Fortschritte gemacht. Aber Jena sei sonst historischer Boden 1806 sei hier das preußische Junkertum mit dem Feudalstaat zusammengeritten worden. Die Gegner erhofften vom diesjährigen Parteitag ein Jena für die Sozialdemokratie. Der Parteitag werde diese Hoffnungen zuschanden machen und, wenn auch Differenzen hier und da beständen, doch Beschlüsse fassen, die die Partei durch neue Kämpfe zu neuen Siegen führen würden. (Langanhaltender Beifall.)

Namens der Parteileitung nimmt sodann

August Bebel,

stürmisch begrüßt, das Wort. Er dankt den Jenaer Genossen für den freundlichen Empfang und fährt dann fort: Allerdings hat hier die Partei erst in den letzten Jahren an Boden gewonnen. Aber schon vor 30 Jahren habe ich hier auf Einladung einiger Freunde, vor allem des Dr. Sy und des Professor Abbe, vor einer erlauchten Versammlung von lauter Professoren, Doktoren und Studenten eine Rede gehalten. Ich habe mir Mühe gegeben, sie möglichst gut zu halten (Heiterkeit), aber ich glaube nicht, daß ich uns damals hier neue Anhänger geworben habe. Auf vielen Reisen hierher habe ich dann noch den Mann näher kennen gelernt, dem mein Vorredner soeben Worte der wärmsten Anerkennung gewidmet hat. Ich habe den trefflichen Mann kennen gelernt als Mensch, als Parteimann und vor allem auch als Mann der Wissenschaft, in der er ein erster Stern seines Faches war.

Aber wenn auch nicht auf parteihistorischem Boden, so stehen wir doch hier auf historischem Boden. Hier wurde vor fast 100 Jahren der preußische Staat, der seit der Zeit Friedrich des Großen ganz in der Gewalt des Junkertums war, zertrümmert und zerschlagen. Als am 14. Oktober 1806 bei Jena und Auerstädt das alte Preußen in Stücke zerschlagen war, da zeigte sich das preußische Junkertum in seiner ganzen Feigheit und Erbärmlichkeit, da übergab es widerstandslos alle Festungen, kroch in der feigsten, elendesten Weise vor Napoleon zu Kreuze. Wie schnell vergaß nach 1815 das Königtum diese Lehre! Bald war das Junkertum wieder im Besitze der vollen Macht und mißbrauchte sie nach Junkerart auf Kosten des Volkes. (Sehr wahr!) Das Bürgertum zeigte sich 1848/49 wie nach 1871 unfähig, die günstigsten Situationen für sich auszunutzen. Jetzt macht es selbst die Lebensmittelverteuerung, den ganzen Zollwucher mit; denn es sieht jetzt im Junkertum seinen letzten Hort, seine letzte Stütze. (Sehr wahr!)

Als wir auf dem letzten Parteitage zusammen waren, wütete noch im fernen Osten der schreckliche Krieg. Unaufhörlich hat seitdem das russische Knutenregiment, ein Regiment, wie es schmachvoller und schandbarer nie bestanden hat, Schläge erhalten, ist das große russische Kaiserreich, vor dem die

deutsche Regierung wie ein Schuhputzer auf den Knieen gerutscht

(Lebhafte Pfuirufe), von dem kleinen Japan schmählich geschlagen worden. Das sind folgenschwere Ereignisse. Endlich ist auch der Osten der Welt der modernen Kultur erschlossen worden, ist bereit, eine entscheidende Rolle in der weiteren Entwicklung der Welt zu spielen. Aber weiter hat der Friede von Portsmouth und das englisch-japanische Bündnis Rußland, dessen Blick seit 1877/78 mehr nach dem fernen Osten gerichtet war, Rußland mit seinem ganzen Schwerpunkt nach Europa zurückgeworfen. Nun war freilich durch seine Niederlagen Rußland das Schiedsrichteramt in Europa genommen, das es durch den Krieg von 1870/71 gewonnen hatte. Mochte es auch unseren Genossen in Rußland, den Intellektuellen und der gesamten revolutionären Bevölkerung, noch nicht gelingen, Rußland in einen halbwegs modernen Kulturstaat umzuwandeln, so war Rußland jedenfalls, wie Preußen nach Jena, gezwungen, neue Bahnen zu wandeln.

Aber diese für uns so günstige Situation ist durch das unglaubliche Ungeschick unserer Staatsmänner in ihr Gegenteil verkehrt worden. Die Kraft des alten Zweibundes war nach den jüngsten Kriegsereignissen auf unabsehbare Jahre hinaus zum mindesten latent. Da hat man es verstanden, durch einen Schlag das bessere Verhältnis mit Frankreich zu vernichten und England zur Bundesgenossenschaft mit Frankreich geradezu zu zwingen. Das ist die famose Folge unserer Marokkopolitik, der Reise nach Tanger, der Drohungen und Anfragen an den Generalstab, ob er gerüstet sei, die genügten, in Frankreich den Glauben an die Gefahr eines Ueberfalles allgemein zu machen, mochte auch Deutschland keineswegs ernsthaft zum Kriege entschlossen sein. Jedenfalls haben diese Vorkommnisse gezeigt, wie das Geschick der Völker noch an Zwirnsfaden hängt, wie trotz aller Demokratisierung der Sitten die Herrschenden noch immer glauben, despotisch über das Geschick der Völker entscheiden zu können. Deutschland steht in der Welt ganz vereinsamt. Rußland läßt sich wohl alle unsere Dienste gefallen, aber denkt nicht daran, uns zu danken. Muß doch jetzt für Rußland die Frage nach dem Bosporus und dem Besitz der Memel- und Weichselmündung wieder akut werden. (Hört, hört!) Nach dem Naturell der maßgebendsten Persönlichkeiten sehe ich aber keine Möglichkeit, aus dieser unglücklichen Stellung Deutschlands herauszukommen. Dabei wird im Innern

die Reaktion immer mächtiger und unverschämter.

Ueber die Fleischnot, von der Millionen und Abermillionen in ihrem Lebensnerv getroffen werden, wird von der Ministerstelle aus in der schnodderigsten und frivolsten Weise gehöhnt und gespottet.

In Hamburg und Lübeck wird den Arbeitern das Wahlrecht geraubt, die Machenschaften gegen das Reichstagswahlrecht sind im vollen Gange. Wir sind nicht über den Berg, wir stehen erst vor ihm. (Sehr richtig!) Darum müssen wir immer mehr die Masse des Proletariats in unsere Reihen hineinziehen, um für alle kommenden Kämpfe gerüstet zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Das wird als leitender Gedanke auch unsern Parteitag beherrschen.

Wer auf ein Jena in unserer Partei gehofft hat, hat als Narr gehofft. (Lebhafter Beifall.) Wohl sind unter uns Gegensätze in wichtigen Fragen vorhanden, aber wir können die Kämpfe in einer Form führen, die nicht immer größere Verwirrung und Unruhe unter den Parteigenossen stiftet. (Stürmischer Beifall.) Die Differenzen können und sollen nicht ausgeschieden werden, aber wir brauchen den Streit nicht zum Gaudium für unsere Feinde und Gegner zu führen. (Sehr wahr!)

Wir hoffen mit größter Bestimmtheit, daß dieser Parteitag der Welt zeigen wird, daß sich die deutsche Sozialdemokratie ihrer historischen Mission voll bewußt ist. In diesem Sinne erkläre ich den 16. Parteitag seit dem Falle des Sozialistengesetzes für eröffnet. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Parteitag konstituiere sich wie folgt: Zu Vorsitzenden werden Singer-Berlin und Leber-Jena einstimmig gewählt.

Singer übernimmt, von stürmischem Beifall begrüßt, den Vorsitz. Er versichert, daß er wie Leber bemüht sein werden, die Verhandlungen in dem von Bebel gewünschten Sinne zu führen. Die Ziele und Prinzipien der Partei werden aus den Verhandlungen in unverfälschter Reinheit hervorgehen und die bestehenden Differenzen werden in einer der großen Partei würdigen Weise ausgefochten werden. Die Gegner hoffen auf ein Jena der Partei, zeigen wir der Welt, daß alle diese Hoffnungen an dem granitnen Block, den unsere Partei bildet, an dem unerschütterlichen Willen der Genossen, unsere Prinzipien zum Siege zu führen, zerschellen werden. (Großer Beifall.)

Es werden sodann die Schriftführer und die Mitglieder der Mandatsprüfungs-Kommission gewählt. Die Tagungszeit wird von 9—1 und 3—7 Uhr anberaumt.

Die Tagesordnung

wird wie folgt festgesetzt:

1. Die Parteiorganisation.
   Berichterstatter v. Vollmar.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
   Berichterstatter: H. Molkenbuhr und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrollkommission.
   Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
   Berichterstatter: H. Förster.
5. Die Maifeier.
   Berichterstatter: M. Fischer.
6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.
   Berichterstatter: A. Bebel.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Die Tagesordnung ist unverändert geblieben; nur der Punkt Organisation ist an erste Stelle gerückt. Alle Anträge auf Abänderung der Tagesordnung wurden entweder nicht genügend unterstützt oder zurückgezogen. Auch der Antrag, die Weltpolitik zu behandeln, wurde nicht aufrecht erhalten.

Besprochen wird noch der geplante Ausflug nach der Leuchtenburg, gegen den die altenburgische Regierung Stellung genommen hat. Singer meint, die Altenburger Regierung wolle offenbar die Parteitags-Delegierten am liebsten dem Hungertode weihen, sie habe offenbar sich einen Lachersolg holen wollen und das sei ihr glänzend gelungen. (Zustimmung.) Der Parteitag sage ihr für die heiteren Minuten, die sie ihm bereitet, herzlichen Dank.

Falls Zeit ist, soll Mittwoch Nachmittag ein Ausflug nach Dornburg gemacht werden.

Schluß der Versammlung 8½ Uhr.

An die Verhandlung schließt sich ein von den Jenaer Genossen dargebotener Empfangskommers.

* * *

Jena, 18. September.

Kurz nach 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Singer die Verhandlungen. Er begrüßt die Delegationen der Bruderparteien. Außer den bereits erwähnten sind noch anwesend: Johann und Moth aus Lodz als Vertreter der deutschen Organisation Russisch-Polens und Litauens, Ankersmit und Mendels aus Holland. Singer versichert all den Vertretern der sozialdemokratischen Parteien des Auslandes, daß die deutsche Sozialdemokratie die Pflege der internationalen Solidarität stets für ihre erste Pflicht erachtet hat und sich eins weiß mit dem Proletariat aller Länder. (Beifall.)

Reichsratsabg. **Dr. Ellenbogen-Wien:** Ich brauche Ihnen unsere Anteilnahme an Ihren Verhandlungen nicht noch einmal zu versichern. Aber ich glaube doch, daß Sie sich noch keine rechte Vorstellung machen, wie sehr uns jede Wahl, jeder Prozeß, jede halbwegs wichtige Reichstagssitzung in Deutschland mitnimmt, gleich als ob es unsere eigene Sache wäre. Freilich mit der wilden Sehnsucht der Alldeutschen nach der deutschen Regierung ist unsere tiefinnere Anteilnahme nicht zu verwechseln. Andererseits glaube ich nicht, daß Sie das gleiche Interesse für uns haben können. Ein vollkommener Widerspruch wie Oesterreich bleibt nicht nur für Toren wie für Weise gleich geheimnisvoll, sondern tötet auch allmählich alle Anteilnahme. Wie ungesund unsere Zustände sind, das mögen Sie daraus ersehen, daß die Großmachtstellung Oesterreichs, die ganze Existenz des Staates davon abhängt, ob ein Rekrut Hier oder Jelen antwortet und daß wir diese lächerlichen, kindischen Fragen ernsthaft behandeln müssen. Und doch, wenn wir sehen, was wir aus diesem öden, sterilen Boden gewonnen haben, so müssen wir uns manchmal beinahe selbst bewundern. (Heiterkeit.) Gegenüber dem Unernst, der Lächerlichkeit der bürgerlichen Parteien in Oesterreich sind wir das einzig Gesunde, Lebensfähige, Dauernde. Deshalb achtet man uns über unsere Zahl hinaus. (Bravo.) Man verfolgt uns nicht, man konfisziert uns nicht (Heiterkeit), wir genießen in Oesterreich eine Freiheit, wie man sie sonst nur in Amerika kennt. Unseren Ausführungen im Parlament sehen die Minister mit einem schlechten Gewissen, mit der größten Besorgnis entgegen. Jetzt hat sich das vorsintflutliche Amphibium, die Hoikomarilla, wieder gezeigt. Eine fromme Betschwester hat wahrscheinlich auf Veranlassung eines der zahlreichen Pfaffen am Wiener Hofe das ungarische Ministerium stürzen helfen, das bereit war, dem Volke das allgemeine Wahlrecht zu geben. Ich rufe schon jetzt Herrn v. Gautsch zu: Bei Philippi sehen wir uns wieder. Sie haben ja schon Proben gehabt, wie wir mit den Ministern reden (Heiterkeit.) Sowohl Herr v. Gautsch wie seine Hintermänner und — Damen (große Heiterkeit) werden von uns im Reichsrat eine tüchtige Lektion erhalten. Oesterreichische Minister stehen nicht so fest, daß sie sich den Luxus einer unerhörten Provokation der Sozialdemokratie leisten könnten. Bei all der Zerfahrenheit Oesterreichs war die starke, kräftige, blühende deutsche Sozialdemokratie unser Trost und unsere Freude. Daß es so bleiben möge ist unser innigster Wunsch. (Lebhafter Beifall.)

Askew-London grüßt den Parteitag als Vertreter einer erst schwachen sozialdemokratischen Partei. Aber jetzt werde es hoffentlich

---

unterstützen, indem man den Kranken einen Löffel von in Milch gekochtem Kümmel verabfolgt. Von 41 Patienten sind 40 auf diese Weise gesund geworden, als im Jahre 1855 die Cholera in Augsburg wütete. — Soweit die Anschrift. Wunderlich ist hierbei nur, daß die Heilkunde ein so einfaches Verfahren, wenn es in der Tat wirksam sein sollte, sich nicht längst angeeignet hat. Es wird daher wohl ein Aber bei der Sache sein.

Die Schutzmannsmarke als Freibillet. Wieder ist gegen einen Dresdener Gendarmen wegen einer schweren sittlichen Entgleisung das Strafverfahren eingeleitet worden, nachdem jetzt erst der Gendarm Grunewald wegen einer ganz ähnlichen Sache zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. In einem öffentlichen Hause der Krobnigasse hatte sich eine turbulente Szene abgespielt, die das Einschreiten der Polizei notwendig machte. Den Beamten sagte die Inhaberin der Lasterhöhle, sie sollten doch nicht so streng sein, sondern auch einmal ein Auge zudrücken, wie man es gegenüber ihren Kollegen tue, wenn sie ihr Amt benützten, um die Freuden, die das Haus biete, zu genießen, ohne dafür zu zahlen. Diese Aeußerung ließen sich die Beamten nicht gefallen, sie drohten vielmehr mit einer Anzeige wegen dieser schweren Beleidigung. Da aber alle „Damen" einstimmig bedauerten, daß wiederholt ein Mann bei ihnen erschienen sei, sich durch seine Dienstmarke als Kriminalbeamter legitimiert und die Marke als „Freibillet" benutzt habe, nahmen die Beamten an, daß es sich um einen Schwindler handle, und es wurde vereinbart, daß, sobald der Mann wiederkomme, die Polizei sofort telephonisch benachrichtigt werden sollte. Das geschah denn auch, als der „Freigast" nach einiger Zeit wieder erschien. Es trafen eiligst mehrere Beamte ein, um den vermeintlichen Pseudokollegen festzunehmen; sie waren aber sicherlich nicht weniger überrascht als dieser selbst. Der „Freigast" war nämlich wirklich ein Beamter, und zwar der Gendarm Winkler, ein sonst wegen seiner Strenge gefürchteter Polizist. Winkler wurde vom Amte suspendiert und wegen Mißbrauchs seines Amtes angeklagt.

Weitere Erdbeben. In Calabria (Italien) kamen wieder mehrere starke Erdstöße vor und verursachten eine Panik. Die Nachrichten über den angerichteten Schaden in den Provinzen Catanzaro und Cosenza bestätigen sich. Das Telegraphenbureau in Cosenza ist eingestürzt. Die Beamten retteten sich durch die Flucht. In Monte Leone kam ein neuer starker Erdstoß vor, der eine Panik verursachte. Auch aus Filiole in der Provinz Catanzaro wird über einen Erdstoß gemeldet.

Eisenbahnunfall. Am 17. d. Mts. ist auf Bahnhof Oberfuhl bei Gotha eine Druckmaschine auf Personenzug 202 gefahren, wobei fünf Personen leicht verletzt wurden. Die Verletzten wurden in Gotha bahnärztlich untersucht und verbunden, worauf sie die Reise fortsetzen konnten. Der Führer der Druckmaschine wurde vom Führerdienst zurückgezogen.

Folgenschwere Explosion. In der elektrischen Fabrik von Popp in Paris fand am 7. d. M. eine Explosion statt, durch die zwei Personen getötet und vier schwer verletzt wurden.

Ueberschwemmungen unterbrachen den Eisenbahnverkehr bei Calatayud in der Provinz Saragossa (Spanien) und schnitten die Zentrallinie an mehreren Punkten vom Verkehr ab. Die Ebene bei Murcia steht unter Wasser, der Schaden ist sehr bedeutend.

Senkung der Erde. Nachdem sich in den letzten beiden Tagen das Gemäuer des Quai des Südhafens in Antwerpen um 50 bis 60 Zentimeter vorgeschoben hatte, senkten sich in der vorletzten Nacht die Erdmassen des Quai auf eine Länge von 150 Metern um 1 Meter in die Tiefe. Die Deckplatten der Mauern sind geborsten, die Wasserleitungen geplatzt. Bahngleise und Kräne verschüttet. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

* * *

Humoristisches.

Norwegische Kriegsvorbereitungen. Stockholm, 16. September. Wie das schwedische Telegraphenbureau erfährt, ist nicht weiter daran zu zweifeln, daß sich Norwegen im Zustand der weitgehenden Mobilisierung befindet. Ueber den Ernst der Lage kann die Tatsache Auskunft geben, daß nicht nur die gesamte militärische Mannschaft, sondern auch zahlreiche Zivilpersonen, darunter sogar viele Frauen, mit ganzen Paketen schwedischer (!) Zündhölzer versehen sind, die jeden Augenblick in Flammen gesetzt werden können. So gedenkt man die Schweden mit ihren eigenen Waffen zu schlagen.

Ein heiteres Wort des Zaren. Petersburg, 16. September. (Privattelegramm.) Wie sehr der ruhmvolle Friedensschluß mit Japan das Befinden und die gute Laune des Zaren gebessert hat, geht aus folgendem Scherzwort Nikolaus II. hervor, das ihrem Korrespondenten von dem obersten Unterleibkammerdiener Sr. Majestät als authentisch erzählt worden ist. Es war an einem Abend die Sprache von seiner Deutschlandsreise und die Zarin fragte ihren hohen Gemahl, wohin nach Deutschland zu längerem Aufenthalt sich zu wenden er am geneigtesten halte. Nikolaus erwiderte „Wohin, meine Liebe, soll ich denn bei der steten Angst, in der ich lebe, anders gehen als nach — Darmstadt?" Alles lachte über das treffende Bitwort. (Habakuk in der „Wiener Arb.-Ztg.")

vorwärts gehen, da durch die englische Bourgeoisie das Gewerkschaftsrecht zertrümmert werde. (Bravo!)

Mendels-Amsterdam: Die holländische Arbeiterpartei, deren Hebamme die deutsche war, hat sich jetzt, obwohl die Pessimisten ihr langjährige Blutarmut prophezeiten, zu einem kräftigen Jüngling entwickelt. Bei den letzten Wahlen haben wir Rache nehmen können für die niederträchtige, grausame Unterdrückung des Eisenbahnerstreiks. Soeben komme ich von einem prachtvoll verlaufenen nationalen Meeting für das allgemeine Wahlrecht, das Sie ja schon haben. Wenn Sie später über die Mittel zu seiner Verteidigung beraten, werden Sie sich, davon bin ich überzeugt, von vertrauensseligem Optimismus ebenso fern halten wie von der verderblichen anarchistischen Phraseologie. Im Zeichen der revolutionären Sozialdemokratie wird das internationale Proletariat siegen. (Lebhafter Beifall.)

Johann-Lodz: Noch immer fließt Blut im Kampfe der russischen Arbeiter gegen den Absolutismus, so heute wie gestern. Aber das Proletariat weiß nur eines: die Notwendigkeit des Kampfes. Unermüdlich kämpft und agitiert in Polen-Rußland die Arbeiterschaft auf der Straße, in den Höfen und in den Wäldern, und wir hoffen, sie wird endlich siegen. (Stürmischer Beifall.)

Vors. **Singer** begrüßt noch als Gast den Genossen Rappaport, Mitglied des Nationalrats der Parti socialiste de France, und verliest die eingegangenen Begrüßungsschreiben und -Telegramme, u. a. von Friedrich Leßner-London, vom Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in Luxemburg, Belgien, Dänemark, Italien, vom Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund, vom deutschen Arbeiterverein in Johannesburg und zahlreichen deutschen Parteiorganisationen.

Danach tritt der Parteitag in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Erster Punkt ist nach dem gestrigen Beschlusse:

Die Parteiorganisation.

Auf Vorschlag des Vors. **Singer** werden, da doch eine neue Kommissionsberatung zu erwarten sei, alle eingelaufenen Anträge mit zur Debatte gestellt.

Referent Abg. v. Vollmar

führt zu Beginn seines Berichtes an, daß er außerordentlich lange reden müsse, solle mehr bekannt werden, als schon ohnehin im gedruckten Bericht stehe. Er wolle rein referierend einiges aus den Verhandlungen der Kommission mitteilen und ihre Ansicht zu den inzwischen eingelaufenen Anträgen darlegen, soweit diese Vorläufer in der Kommission gehabt hätten. Von Anfang an aber dankt Vollmar für die vorzügliche Mitarbeit der gesamten Partei am neuen Statut, die gezeigt habe, daß die Genossen an ihnen wichtig erscheinenden Fragen auch tatkräftig mitzuarbeiten wissen.

§ 1 des Statuts bestimmt die Voraussetzungen der Parteizugehörigkeit. Ein Antrag (Sachsen 4) will auch die „Betätigung an der praktischen Arbeit" darunter zählen, doch gibt die Kommission zu bedenken, daß oft die besten Genossen sehr gegen ihren Willen sich, gezwungen durch die Verhältnisse, von der praktischen Arbeit fernhalten müßten.

Zu § 2 liegen Anträge vor, bei den Ausschlußgründen das Wort „ehrloser Handlung" zu definieren. Vollmar gibt zu, daß diesem Antrag ein richtiges Gefühl zu grunde liege; gewiß sei das Urteil darüber, ob eine Handlung ehrlos sei, nicht immer leicht, man werde jeden Einzelfall ruhig prüfen müssen. Eine Erweiterung der Ausschlußgründe sei verschiedentlich beantragt, z. B. für den Fall wissentlich falscher Anschuldigung gegen einen Parteigenossen oder für den treulosen Verhaltens im Lohnkampfe. Doch müsse hierbei wie schon jetzt auch in Zukunft entschieden werden, ob eine grobe Verletzung der Parteigrundsätze vorläge oder nicht. Man könne auch nicht jeden ausschließen, der „gegen die Beschlüsse des Parteitages" handle. Denn mit demselben Recht müßten auch die ausgeschlossen werden, die gegen den Beschluß ihrer Organisation gehandelt oder den Pflichten gegen die Organisation einmal nicht nachgekommen seien. Das führe zur Splitterrichterei und Verketzerungssucht. Neben der straffen Disziplin sei die Sozialdemokratie doch auch die Partei der Freiheit. (Sehr wahr!) Daß künftig nur eine Organisation den Ausschlußantrag stellen dürfe, hat die Kommission widerspruchslos beschlossen. Bisher sei es tatsächlich vorgekommen, daß die Schiedsrichter aus allen Teilen Deutschlands herbeigeholt worden seien. Das sei schon finanziell auf die Dauer schwer erträglich. Die jetzige Beschränkung auf den Bezirksverband konstituiere freilich eine Ungleichheit, da es ganz kleine und riesig große Bezirke geben werde. Dem Angeklagten werden statt der bisherigen 2 Wochen 4 Wochen Berufungsfrist gegeben. Das dürfte keinem Widerspruch begegnen. Die Wiederaufnahme soll wie bisher nur durch den Parteivorstand erfolgen. Die reine Wiederaufnahme durch die Ortsorganisation würde Streitigkeiten Tor und Tür öffnen. Doch sei ein Vorverfahren innerhalb der Organisation zu erwägen. Wenn schließlich gefordert werde, die Ausschlußbestimmungen an den Schluß zu stellen, so sei ein Abbrechen der Bestimmungen über die Parteizugehörigkeit nicht wünschenswert; doch werde sich vielleicht, wenn es allgemeiner Wunsch sei, eine Form dafür finden lassen.

Grundlegend sei § 7, mit dem die bisherige lose Organisation verlassen und der Wahlverein zur Grundlage der Organisation gemacht werde. Widerspruch dagegen habe nur Schaumburg-Lippe erhoben, hingegen fänden viele Stimmen die Vorschriften noch nicht zwingend genug. Von diesen Wahlvereinen sollen die Ortsvereine nur Sektionen sein, nicht sie das Primäre, und der Wahlverein nur ihr Zusammenschluß.

Die §§ 10—13 enthalten die wichtigsten Neuerungen in der Organisation. Die Gegensätze in der Kommission zeigten sich erfreulicherweise viel weniger groß als sonst in früheren Parteitagsdebatten, es machte sich allgemein ein Entgegenkommen und Streben nach Verständigung geltend. Wohl machte sich theoretisch in der Kommission die Ansicht geltend, am besten sei ein einheitlicher Verein über ganz Deutschland. Aber praktisch konnten wir nicht die ganze Parteiorganisation in das Belieben jedes preußischen Polizeiministers stellen, der sie dann mit einem Federstrich hätte beseitigen können. Zudem mußten wir an das historisch gewordene anknüpfen. Auf der anderen Seite hat die Gegenpartei ohne weiteres zugegeben, daß die Entwickelung der Partei einen engeren Zusammenschluß der Parteikräfte notwendig mache. Nur meinten sie, zeigten die einzelnen Teile Deutschlands so erhebliche Verschiedenheiten, daß die Partei auch den einzelnen Ländern Gelegenheit geben müsse, ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen. So nahm man wohl einstimmig die Landes- und Bezirksorganisation an, wobei jedoch zu bemerken ist, daß die Bezirke nichts Festes, nichts Formales sein sollen, ja, wo dies empfehlenswert erscheint, selbst mit den Landesverbänden zusammenfallen können. Natürlich ist all das nur möglich, wo die gesetzlichen Voraussetzungen bestehen, aber dort sanktioniert das neue Statut meist auch nur, was tatsächlich schon geworden ist. Deshalb gehen die Anträge auf Streichung der Landesorganisation von irrigen Voraussetzungen aus; die Bezirks- und Landesverbände sollen durchaus in der Lage sein, selbständige lokale und territoriale politische Arbeit zu leisten. Einen wöchentlichen Beitrag für ganz Deutschland für Stadt und Land festzusetzen, war nicht möglich. Uebertrieben ist der Antrag, daß alles Geld von den Lokalorganisationen an die Zentrale nach Berlin geschickt werden soll. Da würde wohl auch nicht viel hinkommen. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Ob wir nun aber 10 oder 25 Prozent als abzuführende Summe festsetzen; jedenfalls müssen wir die Parteifinanzen auf eine andere Grundlage stellen und das neue Prinzip festhalten. (Zustimmung.) Ob die Versendung der Gelder ebenso wie die Berichterstattung direkt von dem Wahlverein oder durch die Bezirks- und Landesorganisationen erfolgen soll, kann zweifelhaft sein. Die Kommission hat sich für das erste entschieden, doch sehen wir in Bayern die Uebergehung der Gaue als eine fehlerhafte Ausschaltung der Zwischenorganisation und einen Akt ungerechten Mißtrauens gegen sie an.

Nach § 11 sollen die Vertrauenspersonen erhalten bleiben. Das hat sehr lebhaften Widerspruch gefunden. Wir haben aber Rücksicht auf die zurückgebliebenen Landesteile genommen. Indessen gebe ich zu, daß die Fassung aus übergroßer Vorsicht etwas unklar geworden ist, vielleicht ist es klarer, wenn ausgesprochen wird, daß in der Regel die Vorstandsmitglieder des Wahlvereins Vertrauensmänner sein sollen. Jedenfalls kann keine Rede davon sein, daß die Vertrauensmänner „Prokuratoren des Vorstands" gegen Bezirks- und Landesorganisation sein sollen. Das neue Institut der weiblichen Vertrauenspersonen ist auch da den Frauen gegeben worden, wo die Frauen vereinsrechtlich gleichberechtigt sind. Die Wahl dieser weiblichen Vertrauenspersonen ist nicht fakultativ gelassen, sondern strikt vorgeschrieben worden.

Damit komme ich zu den Bestimmungen der Parteitage. Als wir im Jahre 1890 das Delegationsrecht zum Parteitag überhaupt eingeschränkt hatten, haben wir uns angesichts der überwiegenden Bedeutung der Wahlorganisation der unsinnigen und ungerechten Wahlkreiseinteilung gefügt. Daher das Streben nach einer proportionalen Vertretung gemäß der Zahl der Organisierten oder der abgegebenen Stimmen. Doch stellen sich all den gemachten Vorschlägen hierfür große Hindernisse entgegen. — Der Referent erläutert diese eingehend bei allen gemachten Vorschlägen. — Die Uebernahme der Kosten für die Parteitagsdelegation hat die Kommission abgelehnt.

Viele Erörterungen hat das Vertretungsrecht der Reichstagsabgeordneten hervorgerufen. Man hat diese Fragen benutzt um Stimmung gegen die parlamentarische Vertretung überhaupt zu machen, sie als „formlose Masse", „kunstfreche Gesellschaft" hinzustellen, die ihren „illegitimen Einfluß" auf „parteischädliche" Weise geltend zu machen probe. Glauben Sie nicht, daß ich solcher Schreiberei Bedeutung beilege, noch viel weniger, daß ich mich darüber aufrege oder entrüste. Aber es zeigt doch, wie die Urheber solcher Vorwürfe mit den offenbarsten, greifbarsten Tatsachen umspringen. Jeder weiß doch genau, daß die Kandidaten für das höchste Vertrauensamt von den zuständigen Organisationen aufgestellt werden, mindestens unter denselben Kautelen wie bei der Wahl der Delegierten. (Sehr wahr.) Aber gewisse Kreise scheinen die Zurückdrängung der parlamentarischen Vertretung auf dem Parteitage als Machtmittel gegen Elemente anzusehen, die man, wenn man es in der Fraktion nicht kann, wenigstens auf dem Parteitage los sein möchte. Jedenfalls hat die Kommission sich fast einstimmig für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes entschieden. So sieht es mehr als eine Pflicht, denn als ein Recht der Abgeordneten an, auf dem Parteitag zu erscheinen, will der Fraktion die gehässige Aufgabe, 1/4 ihrer Mitglieder zu ihrer Vertretung auszuwählen, ersparen, und würde lieber, als diesen Zwiespalt in der Fraktion zu wagen, die Vertretung der Reichstagsfraktion gänzlich gestrichen sehen. (Sehr gut!)

Lebhafte Diskussion hat dann noch die Bestimmung hervorgerufen, daß der Vorstand bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten in Streitfällen entscheiden soll. Doch soll von dieser Bestimmung möglichst wenig Gebrauch gemacht werden. Sie ist nur getroffen für Fälle, in denen die Beteiligten gar keinen Rat und Ausweg mehr finden können. Die Kommission hat diese Bestimmung ohne jede Befürchtung debattelos angenommen.

Nun liegt von den Berlinern noch der Antrag vor, den „Vorwärts" zum reinen Lokalorgan zu machen. In der Kommission, in der doch Berlin auch vertreten war, hat man davon nichts gehört. (Sehr wahr!) Wenn aber in einer Bremer Versammlung jüngst geglaubt wurde, dadurch würden die Reibungsflächen beseitigt werden und unleidliche Zeitungspolemiken aufhören, so bewundere ich den Fonds von Vertrauensseligkeit in Bremen, kann sie aber in keiner Weise teilen.

Im ganzen, glaube ich, hat die Kommission das Richtige getroffen und eine gute Grundlage für ihre Beratungen getroffen. Unebenheiten wird die Beratung und später die Praxis zu glätten verstehen. Mit Auer, der 1900 in Mainz Referent über die letzte Änderung der Organisation war, kann ich schließen: „Uebertreiben Sie den Wert der geschriebenen Formeln nicht. Nicht auf die Buchstaben der einzelnen Paragraphen kommt es an, sondern auf den Geist, der die Gesamtheit durchweht und die Bewegung durchflutet."

Auch ich hoffe, daß unser Streben, den Gegnern geschlossener entgegenzutreten, zu Beschlüssen führen wird, die der großen Masse der Parteigenossen zu nützen geeignet sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Obwohl es noch nicht ganz 1 Uhr ist, wird auf Antrag Singer die Debatte auf den Nachmittag verschoben.

*

Eingegangen sind folgende Resolutionen:

Resolution, die Friedens- und Freundschaftserklärung der englischen Parteigenossen und Gewerkschaften betreffend:

Die auf dem Parteitag in Jena versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie begrüßen mit aufrichtiger Genugtuung die Friedens- und Freundschaftserklärungen, die letzthin die Vertreter der englischen Sozialisten und Gewerkschaften abgegeben haben, veranlaßt durch die chauvinistischen Hetzereien eines Teils der herrschenden Klassen diesseits und jenseits der Nordsee.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie erklären, daß sie die Versuche, zwischen dem englischen und dem deutschen Volke Unfrieden zu stiften und die beiden Völker, die mit in der vordersten Reihe der Kulturnation stehen, zu einem Kriege zu verhetzen, auf das entschiedenste als gewissenlos und verbrecherisch verurteilen; sie erklären weiter, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommenden Falles mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften den Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Völkern zu verhindern.

Schließlich sprechen die versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie die Hoffnung aus, daß es endlich der englischen Arbeiterklasse gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen durch eine ihrer sozialen Bedeutung entsprechende Vertretung im Parlament ihren auf den Weltfrieden und die Völkerversöhnung gerichteten Bestrebungen Einfluß zu verschaffen.

Der Parteivorstand.

* *

Resolution die Redeverbote gegen die Parteigenossen Adler-Wien, Greulich-Zürich, Jaures-Paris und Todeschini-Rom in Deutschland betreffend:

Der Parteitag erklärt:

Das Redeverbot, das durch den Brief des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris, dem Parteigenossen Jaures in Aussicht gestellt wurde, falls er am 9. Juli d. Js. in einer von den Berliner Parteigenossen einberufenen Versammlung zu Gunsten des Friedens und der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland sprechen würde,

sowie das Redeverbot, das die badische Regierung für den gleichen Tag gegen die Parteigenossen Dr. Adler-Wien, Greulich aus Zürich und Todeschini aus Rom für die internationale Arbeiterzusammenkunft in Konstanz aussprach,

sind als Zeichen der politischen Rückständigkeit Deutschlands zu einer Bloßstellung schlimmster Art für die betreffenden Regierungsorgane geworden.

Dieses Vorgehen hat das Ansehen Deutschlands in der ganzen Kulturwelt auf das tiefste herabgedrückt und Deutschland in den Augen der Welt der Lächerlichkeit preisgegeben.

Der Parteitag verurteilt dieses Vorgehen deshalb besonders scharf, weil die beiden Versammlungen dazu bestimmt waren, das Mißtrauen der Völker und speziell des französischen Volkes in die Friedensliebe des deutschen Volkes nach Möglichkeit zu beseitigen und die Versicherung abzugeben, daß es die deutsche Arbeiterklasse und ganz besonders die deutsche Sozialdemokratie alle Zeit mit als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, dem Krieg, gegen welches Volk immer er provoziert werden sollte, den Krieg zu erklären und der Verständigung und Versöhnung der Völker, namentlich des deutschen und des französischen Volkes, und der Schlichtung ihrer Streitigkeiten auf dem Wege internationaler Vereinbarungen die Wege zu ebnen.

Der Parteivorstand.

* *

Resolution, die Verteuerung der Fleischnahrung betreffend:

Die Tatsache, daß große Schichten der Bevölkerung Deutschlands, mehr als jemals zuvor, unter einer furchtbaren Verteuerung der Fleischnahrung zu leiden haben, wodurch die betreffenden Schichten auf das schwerste bedrückt und zu einer chronischen Unterernährung verurteilt werden, welche die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche und geistige Entwickelung und für das Gemeinwohl zeitigt, ist die Wirkung einer agrarischen Raubpolitik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von diesen gedrängt, in deren Interesse die Regierungen allen Mahnungen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag spricht über diese Elend und Verderben bringende Politik seine Empörung aus; er verlangt, daß sofort sämtliche Grenzen unter loyaler Anwendung sanitärer Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und das durch das Fleischbeschaugesetz erfolgte absolute Verbot der Einfuhr von ausländischem Fleisch, Zungen, Würsten, Corned-beef rc., sowie die Zölle auf Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag betrachtet speziell die erwähnten Verbote, die unter der Vorgabe eingeführt wurden, daß die betreffenden Nahrungsmittel gesundheitsschädlich seien, eine Behauptung, die niemals durch Tatsachen ausreichend bewiesen werden konnte und durch den unbehinderten und massenhaften Genuß dieser Nahrungsmittel von der Bevölkerung der Nachbarstaaten Deutschlands später erhärtet wird, als ganz besonders gehässig und verhängnisvoll und nur der agrarischen Beutegier zu Liebe erlassen.

Daß ferner Minister im größten Staate Deutschlands, in Preußen, die Forderungen zum Erlaß von Maßregeln zur Verbilligung der Fleischnahrung mit einer an Frivolität grenzenden Leichtfertigkeit zu beantworten für gut fanden, hat in besonderem Maße den tiefsten Unwillen der weitesten Kreise der Bevölkerung erregt und wieder einmal den Charakter der preußischen Regierung als Regierung eines Klassenstaates aufs eklatanteste bestätigt.

Der Parteitag richtet an die Parteigenossen die Aufforderung, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sofort in eine Agitation für den Erlaß von Maßregeln, wie sie vorstehende Resolution enthält, einzutreten.

Der Parteivorstand.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. September.

Ein edles Brüderpaar.

Während in Reichenbach (Schlesien) über 1000 ausgebeutete und ausgehungerte Weber mit den reichen Textilfabrikanten einen erbitterten Kampf um bessere Existenzbedingungen führen, treiben katholische „Arbeitersekretäre" das saubere Handwerk, ersteren in den Rücken zu fallen. Nach einem Bericht der arbeiterfeindlichen „Schles. Ztg." fand am letzten Freitag in Reichenbach eine außerordentliche Versammlung des katholischen Arbeitervereins statt, in der die „Arbeiter"sekretäre Bull aus Breslau und Müller aus Waldenburg den Ausstand der hiesigen Textilarbeiter als einen vom Zaune gebrochenen nannten. Nicht der neue Lohntarif sei der Grund, denn dieser sei von den Webereibesitzern für den 1. Oktober d. J. mit Erhöhungen der Löhne in Aussicht gestellt. (!) Wenn inhumane Behandlung von Aufsehern vorgelegen habe, so hätten gewiß Beschwerden bei der Fabrikleitung genügt, um Remedur zu schaffen. Der Hauptgrund zum Streik habe allem Anschein in dem Bestreben des Gauleiters Fritsch gelegen, der Organisation der Textilarbeiter recht viel neue Mitglieder zuzuführen; zu diesem Zweck sei er schon seit Wochen im hiesigen Industriebezirk aufhetzend (!) tätig gewesen.

Wir haben unsere Leser über die Ursache des Ausstandes der Weber eingehend informiert und insbesondere in der Sonntagnummer die jämmerlichen Lohn-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse an zahlreichen Einzelfällen geschildert. Wie angesichts dieser Tatsachen katholische „Arbeiter"sekretäre die Dreistigkeit haben können, den Streik als einen „vom Zaune gebrochenen" zu bezeichnen, ist charakteristisch für diese Sorte von Aucharbeitervertretern. Es kann weiter nur von Demagogie oder Indolenz zeugen, wenn sie behaupten: Lohnerhöhungen seien in Aussicht gestellt. Für solche leere Versprechungen, hinter denen nicht die Tat steht, haben die Weber absolut kein Verständnis. Letztere mögen aber auch aus dem hinterlistigen Verhalten der katholischen Arbeitersekretäre die Lehre ziehen, daß sie von diesen von Pfaffen abgerichteten christlichen Männern nichts Gutes zu erwarten haben. Die Arbeiterfürsorge des Zentrums ist ein für allemal gerichtet!

„Genossen" in der Gemeindevertretung.

Unter dieser vielversprechenden Ueberschrift drucken die Scharfmacherblätter, worunter natürlich die „Schles. Ztg." nicht fehlen darf, einen Bericht nach über eine Sitzung der Gemeindevertretung des Berliner Vorortes Weißensee, in der unsere Genossen — es ist schauderhaft! — „rücksichtslosen Terrorismus gegen Andersdenkende" ausüben sollen. Die geschwätzigen Blätter erzählen folgendes:

Als der Gemeindevorstand es rügte, daß Vorkommnisse aus den Kommissionen in die Presse gebracht worden seien, mußte er sich von einem „Genossen" sagen lassen: „Was das betrifft, so muß ich sagen, det müssen Sie uns schonst überlassen, Herr Doktor, ob wir etwas für richtig befinden, in die Presse zu bringen oder nich." In ähnlichem Tone ging es weiter, bis man zu einem Punkte der Tagesordnung kam, der von einem Nachtrag zur Waisenordnung handelte. Vorläufig sollten zwei Damen als Waisenpflegerinnen angestellt werden. Da spielte sich nach der „Post" der folgende Dialog ab:

„Warum sollen Damen und nicht Arbeiterfrauen angestellt werden?" forscht ein sozialdemokratischer Gemeinde-Vertreter. „Und wer sind die Damen?" — „Der Herr Pfarrer hat die Damen gewonnen," äußert der Gemeindevorstand ganz harmlos (!) und unschuldsvoll. (!) Nun bricht aber das sozialdemokratische Unwetter erst recht los: „Wat jeht denn uns der Pfaffe an?! Hier handelt et sich doch nich um Beten un Psalmensingen, sondern um richtige Aufsicht, daß die Kinder wat ordentliches zu essen kriejen. Da brauchen wir keine Pfaffen. Da hätten Sie lieber unseren sozialdemokratischen Frauenbildungsverein nach Adressen fragen sollen. Der Herr Pfaffe mag in seine Kreise bleiben." — „Lieber Herr X.", erwidert der Gemeindevorsteher beschwichtigend, „Sie sollten nicht in diesem Tone von unserem Ortsgeistlichen sprechen. Die Bezeichnung Pfaffe ist beleidigend. Es gibt doch in unserer Gemeinde immerhin noch einige Kreise, die kirchlich gesinnt sind und die es verletzt, wenn man so von ihrem Geistlichen redet." — „Beleidigen wollte ick ihm nich. Ick sage doch auch Herr Pfaffe. Warum soll man 'n Pfaffen nich Pfaffen nennen?!" — „Ich mußte mich", fährt der Gemeindevorsteher fort, „an die bestehende Armenorganisation halten und in der spielt der Herr Pfarrer eben eine führende Rolle." „Un ick bleibe dabei, unser Frauenbildungsverein ist die geeignetere Instanz. Da is von materiellen Dingen die Rede un nich von der Bibel, wie in dem Pfarrer seinen Verein." Als ein Kollegiumsmitglied bescheiden andeutet, der letztere Verein habe eine Suppenanstalt ins Leben gerufen und seines Wissens hätte sich der sozialdemokratische Frauenbildungsverein praktisch in ähnlicher Weise bisher nicht betätigt, bekommt er von sozialdemokratischer Seite die Antwort, daß er beschränkt wäre, wüßten ja alle, für so beschränkt hätte

man ihn doch nicht gehalten. Er habe für sozialpolitische Dinge ja überhaupt kein Verständnis usw."

Wahrscheinlich werden die Kapitalistenblätter die ganze Sache in ihrem Interesse aufgebauscht haben. Aber so viel lassen die Antworten des sozialdemokratischen Gemeindevertreters erkennen, daß er rechtgesunde Ansichten über die Aufgaben der Waisenpflegerinnen bekundete. Er hat die Situation treffend und drastisch gekennzeichnet und damit bewiesen, daß er seinen verantwortlichen Posten auszufüllen versteht. Daß er und seine Kollegen sich nicht über den Löffel barbieren ließen, das ärgert nun natürlich die Scharfmacherblätter. Uns kann's recht sein!

---

* **Die Rache für Straßburg.** Die „Schlesischen Nachrichten" scheinen noch immer sehr verschnupft zu sein über den gewaltigen Erfolg der Bebel'schen Rede, die dieser in unmittelbarem Anschluß an den in Straßburg abgehaltenen Katholikentag erzielt hat. In der gestrigen Nummer bringt das frömmelnde Blatt einen Bericht über den Eröffnungstag des sozialdemokratischen Parteitages, in dem sie unter anderem auch hervorheben, daß die Jenaer Bürgerschaft dem Parteitag völlig gleichgültig gegenüberstehen. Man hört kaum einmal in den Restaurants davon sprechen, aber er könne ja im Laufe der Tagung doch noch anders werden. Um ihren edlen Sinn zu beweisen, fügen die „Schles. Nachr." hinzu, daß sie die „Pflicht der Objektivität" hätten. Wer lacht da? Glaubt das Blatt wirklich, dieser längst abgestandene Kniff zieht noch? Wie immer, so wird auch dieser unser Parteitag Zeugnis davon ablegen, daß nicht nur Jena's Bürgerschaft, sondern der ganzen Welt offenbar wird, wie energisch die Sozialdemokratie die hohen Kulturaufgaben in Wort und Tat vertritt und nicht wie das Zentrum den Arbeiterverrat in Permanenz betreibt!

Wie „informiert" die „Schles. Nachr." übrigens sind, geht daraus hervor, daß das „Jenaer Volksblatt" kein sozialdemokratisches, sondern ein sogenanntes linksliberales Blatt ist. Wir gratulieren ihnen zu ihrem vortrefflichen Berichterstatter! Mit der Rache für Straßburg ist es demnach wohl nichts!

* **Die Meinungsfreiheit städtischer Arbeiterfrauen.** Zu dem unter dieser Spitzmarke in der Sonntagsnummer mitgeteilten Briefe ist hinzuzufügen, daß uns von Döring nur die Abschrift des Protokolls über die Verhandlung, die er und seine Frau beim Direktor des Schlacht- und Viehhofes hatten, mit der Bitte eingesandt worden, diese Protokollabschrift als Berichtigung zu bringen.

Unsere Bemerkung, daß Vernehmungen stattgefunden haben, müssen wir aber aufrecht erhalten, denn wie uns von anderer Seite mitgeteilt worden ist, haben mehrere Vernehmungen mit verschiedenen Arbeitern, Hallenmeistern und Beamten wegen derselben Angelegenheit stattgefunden.

Was das Drohen mit Entlassung betrifft, so hat uns weder Döring noch sonst jemand solches mitgeteilt, es liegt aber doch eine solche Drohung in der Sache selber. Was geht es denn die Verwaltung des Schlachthofes an, was die Frau eines Arbeiters in einer Volksversammlung spricht, was soll weiter die Vernehmung des Mannes bedeuten, der in der Versammlung kein Wort gesprochen hat und doch nicht dafür kann, was seine Frau sagt. Noch dazu, wo es sich nicht etwa um Vorgänge im Schlachthofe handelt, die der Mann vielleicht zu Hause erzählen könnte, sondern lediglich um Vorfälle in der Freibank, zu der jedermann Zutritt hat und Frau Döring hat auch nur als Besucherin dieses Institutes berichtet. Dienstliche Vorgänge oder sonstige Interna sind von ihr nicht erzählt worden.

Ob wohl auch eine Verhandlung stattgefunden hätte, wenn die redende Frau einen anderen Ehegatten hätte?

* **Die Breslauer Omnibus-Gesellschaft** macht bekannt daß vom Sonnabend ab die bestehende Linie Zobtenstraße-Hauptpost über den Neumarkt durch die Sandstraße, Gneisenaustraße, Blücherstraße, Matthiasstraße bis zum Weißenburger Platz verlängert wird.

* **Wegen einer Bagatelle 1 Jahr Gefängnis.** Die Fleischersfrau Ida Wolkel war am 23. Februar mit den Fleischer Lichen Eheleuten in Streit geraten, wo beiderseits Schimpfereien stattfanden. Als Zeugin bestritt die Angeklagte in der Verhandlung unter ihrem Eide, wahrheitswidrig, Schimpfworte gebraucht zu haben. Sie war deshalb wegen wissentlichen Meineides angeklagt mit dem Milderungsgrunde, daß sie bei Bekundung der Wahrheit sich selbst einer strafbaren Handlung (der Beleidigung) würde haben bezichtigen müssen. Die Geschworenen sprachen sie nur des fahrlässigen Meineides schuldig, worauf sie zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde.

* **Unfälle.** Am 17. d. M. Nachmittags stürzte ein sechs Jahre alter Knabe von der Ufermauer der Oberschlesischen in den Strom. Seinem Vater gelang es mit Hilfe eines Arbeiters, ihn noch lebend zu erreichen. — Ein Knopfarbeiter kam am 17. d. Mts. zu Fall, als er auf der Matthiasstraße einen Straßenbahnwagen während der Fahrt besteigen wollte, und verletzte sich im Gesicht. — Ein Schlosser, der auf der Berliner Chaussee von einem Wagen absprang, stürzte und verlor für längere Zeit das Bewußtsein. Den beiden Verunglückten leisteten Feuerwehrmannschaften Hilfe. — Am 16. d. M. wurde auf der Sonnenstraße eine junge Dame durch ein Dreirad umgerissen. Sie erlitt Verletzungen an beiden Armen, auch wurden ihre Kleider zerrissen. — Der 12 Jahre alte Knabe Georg Blumriel aus Jungwitz, Kr. Ohlau, wurde am 28. v. Mts. von einem Pferde geschlagen und erlitt eine Zertrümmerung der Schädeldecke. Im Krankenhause der Barmherzigen Brüder ist er am 16. d. M. gestorben.

* **Vermißt** werden seit dem 17. d. Mts. die neun Jahre alte Anna Klose und deren sieben Jahre alter Bruder Fritz, deren Eltern Hobenstraße 98a wohnen, sowie seit dem 16. d. Mts. der an Epilepsie leidende 14 Jahre alte Schüler Georg Dreßler, welcher Linnestraße 13 gewohnt hat. Es dürfte ihm ein Unglück zugestoßen sein.

* **Geldverwechselung.** Am 16. d. M. Nachmittags hat ein Droschkenkutscher, der eine Dame von der Viktoriastraße nach der Lessingstraße gefahren hat, an Stelle eines Einmarkstückes ein Zwanzigmarkstück in Zahlung erhalten.

* **Selbstmordkandidat.** Am 17. d. M. Nachmittags stürzte sich ein unbekannter Mann bei der Brücke an der Matthiaskunst in den Strom. Als er sich wieder ans Ufer retten wollte, verließen ihn die Kräfte. Mehreren Männern gelang es schließlich, ihn wieder den Wellen zu entreißen.

* **Diebstähle.** Einer Weichenstellerfrau wurden in einem Fleischerladen auf der Oderstraße ein Portemonnaie mit 10 Mk., in einer Restauration auf der Nikolaistraße einem daselbst eingeschlafenen Stellmacher eine Uhr und ein Portemonnaie mit 75 Pfennigen, einem Arbeiter ein Portemonnaie mit 14,20 Mk., einem in den Anlagen am Königsplatz eingeschlafenen Klempner ein leeres Portemonnaie und ein Hut, in der Nacht zum 17. d. M. aus einem Zigarrengeschäft auf der Kurzegasse 2.50 Mk. und für 4 Mk. Zigaretten, sowie endlich einer Kellnerfrau auf dem Neumarkt ein Portemonnaie mit etwa 7 Mk., einem 8 Jahre alten Mädchen auf der Wilhelmstraße von einem etwa 12 Jahre alten Mädchen ein Kuvert mit 3 Mk. und einem Geschäftsführer ein Koffer mit Kleidungsstücken gestohlen.

* **Verhaftet** wurden: ein Dienstmädchen, welches einer Restaurateurin auf der Sandstraße eine goldene Uhr und 4 Flaschen Wein gestohlen, ein Handlungsgehilfe, der einem Monteur 100 Mark entwendet hatte, ein Schlosser sowie ein Arbeiter, die im Verdacht stehen, in die Bude eines Schenkelbesitzers auf dem Mittelfelde einen Einbruch verübt und eine Uhr und einen Anzug gestohlen zu haben.

* **Mit Beschlag belegt** wurde eine silberne Uhr mit Kette die in der Nacht zum 16. d. Mts. einem auf dem Spielplatz an der Klosterstraße eingeschlafenen Mann entwendet worde ist.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 16. und 17. d. Mts. 78 Personen eingeliefert. — Gefunden wurde ein Maria Theresia-Taler. — Abhanden kamen: ein goldener Ring mit einem Rubin, eine silberne Damenuhr und eine Tasche mit 50 Mk.

Aus Schlesien und Posen.

Kaiserrede und Profit.

Die Germanisations-Fanatiker sind wieder einmal wütend über ein Stück „verlorenes deutsches Land".

Das Rittergut Bielsk bei Schmentau, Kreis Marienwerder, das, eines der schönsten Güter der Gegend, seit etwa 150 Jahren der in Westpreußen altangesessenen Familie Plehn gehörte, ist jetzt in polnische Hände übergegangen. Ein Herr von Grabski, Hohensalza (Inowrazlaw), hat den etwa 2300 Morgen großen Besitz erworben. Ueber die näheren Umstände bei diesem Verkauf, welcher bereits den achten Fall des Uebergangs größerer deutscher Besitzungen an das Polentum in jener Gegend darstellt, wird in der „Danz. Allgem. Ztg." mitgeteilt:

„Herr Plehn war zum Verkauf gezwungen, da er seit längerer Zeit leidend war. Er bot das Gut der Ansiedlungs-Kommission, sowie dem Domänenfiskus (Verwalter: Podbielski) an. Jene soll den Ankauf zurückgewiesen haben. Der Fiskus hat auf das Angebot eine sehr lange Zeit (es heißt 3 oder 4 Monate) verstreichen lassen, ehe er überhaupt Antwort gab. Da Herr Plehn nicht Pächter bleiben konnte und wollte, so ist er abschlägig beschieden worden. Da die Vorzüge des Gutes bekannt sind, so unterließen die Polen natürlich nicht, sich um den Erwerb zu bemühen. Dr. von Wolczlegier-Pienonskowa soll in Bielsk erschienen und einen hohen Preis geboten haben. Da es den Nachbarn nicht gleichgültig sein konnte, in wessen Hände das Gut kommen würde, zumal sie in Schul- und anderen Angelegenheiten mit dem Besitzer von Bielsk zusammenarbeiten haben, so fuhren zwei von ihnen zur Regierung nach Marienwerder. Den beiden Herren wurde der Bescheid, daß, sobald der betreffende Sachverständige von seiner Erholungsreise zurückgekehrt sei, in etwa vier Wochen die Vorbesichtigung von Bielsk stattfinden würde. Die Besichtigung erfolgte. Herr Plehn hatte jetzt einen Pächter. Als er aber die Frage stellte, ob er nun irgendwie gebunden wäre, erhielt er die Antwort: Keineswegs! Im Gegenteil, wenn Sie verkaufen können, so verkaufen Sie! Uns liegt nichts daran. — Darauf erfolgte der Verkauf an den Polen von Grabski."

Die bürgerlichen Blätter sind nun empört über den Verkäufer. Sehr mit Unrecht! Die am allermeisten die Kaiserrede, worin vom Festhalten am deutschen Boden im Orte die Rede war, mißachten, sind doch die Regierungsleute von der Ansiedlungskommission! Selten hat sich die Komödie der ganzen Germanisiererei im Osten so deutlich gezeigt wie hier. Nun soll, so fordern es die bürgerlichen Blätter, im Abgeordnetenhause mit der Ansiedlungskommission abgerechnet werden. Wird gerade was helfen.

Eisenbahnräuber vor Gericht.

Eine neue Anklage erhielt jetzt der s. Z. gegen Friedeberg und Genossen in Görlitz anhängig gemachte Prozeß, der am 18. d. M. unter starkem Andrange des Publikums vor dem Schwurgericht in Schneidemühl (Posen) begonnen hat.

Es handelt sich um fortgesetzt betriebene umfangreiche Eisenbahnunterschleife, wegen deren sich zu verantworten haben: 1. Der Bahnmeister August Belke aus Schneidemühl, 2. dessen Ehefrau Olga Belke, 3. der Großkaufmann Viktor Friedeberg aus Breslau, und 4. der Materialienverwalter Johann Gebnrczyk aus Schneidemühl. Die Angeklagten zu 1, 3 und 4 befinden sich in Untersuchungshaft, Frau Belke auf freiem Fuße. Der Angeklagte Friedeberg ist unter strenger Bewachung vor einiger Zeit von Görlitz nach Schneidemühl übergeführt worden. Die Verteidigung der Angeklagten haben Justizrat Dr. Glaß (Schneidemühl), Justizrat Dr. Epstein (Breslau), Rechtsanwalt Chodziesner (Berlin), Rechtsanwalt Dr. Schwindt (Berlin) und Justizrat von Poplawski (Scheidemühl) übernommen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Dr. Consbruch, die Anklage vertritt Assessor Krieger. — Zu der Verhandlung sind vierzehn Sachverständige der Königlichen Eisenbahn-Direktion und nicht weniger als 262 Zeugen, größtenteils Eisenbahnbeamte, Eisenbahnarbeiter usw. aus Bromberg, Schneidemühl, Lauban und anderen Städten geladen. Die Unterbringung dieser Personen in Schneidemühl bereitete nicht geringe Schwierigkeiten und die Hotels und Gasthöfe sind denn auch vollständig überfüllt. Der Angeklagte Friedeberg spielt in der Untersuchungshaft den „wilden Mann", sodaß er zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Graudenzer Irrenanstalt übergeführt wurde. Seine Wegführung von Görlitz gab damals zu dem Gerücht Veranlassung, Friedeberg sei entflohen trotz der gestellten Kaution von 50,000 Mark und sein in Deutschland befindliches, nicht unbeträchtliches Vermögen sei von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden. Diese Meldung war jedoch falsch.

In dem frühe en Prozeß war der Hauptangeklagte Nathan Friedeberg, ein Bruder des heutigen dritten Angeklagten. Beide Brüder betrieben in Breslau eine Eisenmaterialien-Einkaufs-Genossenschaft m. b. H., die sich seit vielen Jahren an den von den Eisenbahndirektionen Dortmund, Breslau, Halle, Berlin und Bromberg veranstalteten Verkäufen von Altmaterialien beteiligte. Die Uebergabe des Materials erfolgte in der Regel an Nathan Friedeberg, der den Verladungen auch jedesmal beiwohnte. In den Laubaner Werkstätten ging die Sache so vor sich, daß der zur Beladung bestimmte Waggon zunächst leer gewogen wurde und hierauf an den verschiedenen Stellen des Werkstatthofs beladen wurde, worauf man nochmals das Gesamtgewicht feststellte. Dies wurde in die sog. Verkaufsnachweisungen eingetragen, auf deren Angaben hin Friedeberg seine Frachtbriefe ausfüllte und später seine Zahlungen zu leisten hatte. In diesen Nachweisungen fehlten nun bei einer Nachprüfung in der kurzen Zeit vom 1. bis 12. August 1903 nicht weniger als sieben Waggons mit einem Gesamtgewicht von 80.300 Kilogramm. Sofort vorgenommene Untersuchungen der früheren Verkäufe ergaben dann, daß seit dem Jahre 1900 insgesamt 55 Waggons mit 398,500 Kilogramm Altmaterial im Werte von 36,000 Mk. nicht eingetragen waren, d. h. daß Friedeberg hierfür nichts bezahlt hatte. Nathan Friedeberg wurde wegen dieser Betrügereien bekanntlich zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Die heute unter Anklage stehenden 33 Fälle betreffen eine Schädigung der Eisenbahndirektion Bromberg.

Wir werden über den Prozeß ausführlicher berichten.

Drei Großfeuer.

In dem Dorfe Bilschowitz bei Gleiwitz brach Großfeuer aus, das 19 mit Ernte gefüllte Scheunen vernichtete. Wohnhäuser blieben vom Feuer verschont. Menschen- und Tierverluste sind nicht zu verzeichnen. Die Entstehungsursache ist unbekannt. — In Habelschwerdt ist das unmittelbar an der Stadt gelegene Wohn- und Geschäftshaus vollständig in Asche gelegt. Das Feuer griff so schnell um sich, daß Frau Hofmeister mit ihren drei Kindern nur mit Mühe durch die Fenster, an welche man Leitern anlegte, gerettet werden konnte. Die Ausstattung der Wohnung ist zum großen Teil verbrannt oder vernichtet und der Schaden sehr bedeutend. Von dem Gebäude blieben nur die kahlen Mauern übrig. — Nachdem, wie bereits berichtet, am Sonnabend, den 9. d. Mts., zwei große Scheunen und ein Wohnhaus des Vorwerksbesitzers Wolff infolge Brandstiftung vernichtet worden waren, wurde jetzt das große Dampfsägewerk des Mauermeisters Tantz in Neurode durch Feuer vernichtet. Auch hier liegt Brandstiftung vor. Da es kurz vorher stark geregnet hatte, brauchte das Feuer einige Zeit zur Entwickelung. Unterdessen war die freiwillige Feuerwehr erschienen und es gelang, das Feuer auf das Sägewerk, das vollständig niederbrannte, zu beschränken. Die großen Holzvorräte, das Kesselhaus und das Wärterhaus, die dicht daneben lagen, konnten gerettet werden. Wenn auch der Brandschaden durch Versicherung gedeckt ist, so erleidet der Besitzer doch durch die immerhin einige Wochen dauernde Betriebsstörung Schaden.

Trebnitz, 18. September. Schattenseiten des Manövers. Als das Militär am letzten Tage der in diesem Jahre in hiesiger Gegend abgehaltenen Manöver nach Obernigk zu ausrückte, ereignete sich nochmals ein Unglücksfall, indem ein Geschütz des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 57 auf dem hügeligen Gelände in der Nähe des jüdischen Friedhofes umstürzte und zwei Kanoniere unter sich begrub. Die Leute erlitten hierbei derartige Verletzungen, daß sie ins hiesige Malteserkrankenhaus geschafft werden mußten.

Neustadt OS., 18. September. In der letzten Stadtverordnetensitzung kam es nach Erledigung einiger weniger wichtiger Vorlagen zu einer ausgedehnten Fleischnotdebatte. Der erste Bürgermeister nahm dabei Bezug auf die Neus-Versammlung und versuchte den Nachweis zu erbringen, daß eine Fleischnot nicht existiere, wohl aber eine Fleischteuerung. Nachdem sich u. a. der Fleischerobermeister Krause und Rechtsanwalt Priese an der Debatte beteiligt, wurde einstimmig der Antrag angenommen, wonach der Magistrat in Gemeinschaft mit dem Stadtverordnetenkollegium an den Landwirtschaftsminister eine Petition zu richten hat, in welcher ersucht wird, das Einfuhrkontingent für Schweine schon jetzt vor Inkrafttreten der neuen Handelsverträge auf die höchstzulässige Zahl von 2500 Stück zu erhöhen.

Groß-Strehlitz, 18. September. Ein Attentat auf einen Eisenbahnzug, das allem Anschein nach dem in Groß-Strehlitz Abends 9 Uhr 2 Minuten ankommenden Berliner Schnellzug gegolten hatte, wurde, so meldet die „Oppelner Zeitung", Donnerstag Abend gegen 9 Uhr unweit der Station Blottnitz verübt. Der Führer des Abend-Personenzuges Beuthen—Oppeln beobachtete bereits, daß das Einfahrtssignal vor Blottnitz sich nicht in ordnungsmäßigem Zustand befand, machte davon in Blottnitz Meldung und die sofortige Untersuchung ergab, daß die Signallaternen durch Steinwürfe zertrümmert worden waren. Eine halbe Stunde später hatte der Eilzug 6320 die Station Blottnitz zu durchfahren. Der Führer dieses Zuges gab aber etwa 2000 Meter vor Blottnitz Bremssignale, und nachdem es ihm gelungen war, den Zug in Blottnitz zum Stehen zu bringen, meldete er, daß er etwa 8000 Meter vor Blottnitz bei einem Wegübergang über auf den Schienen liegende Hindernisse gefahren und dabei die schwere Güterzugslokomotive derart erschüttert worden sei, daß er von seinem Führerstande zurückgeschleudert und nur durch einen glücklichen Zufall vor dem Herabstürzen von der Lokomotive bewahrt worden sei. Sofort wurde telegraphische Ordre nach Tost gegeben, daß die Strecke gefährdet sei, weshalb der Schnellzug in Tost Aufenthalt nehmen mußte. Die Untersuchung ergab, daß man beide Geleise unweit der Station Blottnitz mit Steinen belegt hatte, um die Züge zum Entgleisen zu bringen. Nachdem die Hindernisse beseitigt worden waren, wurde der Schnellzug in Tost wieder abgelassen. Er traf mit einiger Verspätung in Groß-Strehlitz ein. Eine weitere Störung des Betriebes trat in derselben Nacht nicht ein. Dem Anschein nach hat der Anschlag dem Schnellzug gegolten, welchen die Hindernisse auch unzweifelhaft zum Entgleisen gebracht hätten. Man nimmt jedoch auch an, daß das Attentat ein Mordanschlag auf den Führer des mehrerwähnten Güterzuges war. Dieser Führer ist nämlich derselbe, der vor kurzem in Peiskretscham das Unglück hatte, auf einen anderen Zug aufzufahren. Da jetzt die gerichtlichen Verhandlungen bezüglich dieses Unglücks stattfinden, in welchen der Lokomotivführer eine Rolle spielen wird, nimmt man an, daß der Beamte hat beseitigt werden sollen. (?)

Eine spätere Meldung besagt: Wie amtlich mitgeteilt wird, ist an zuständiger Stelle hiervon nichts bekannt. Allem Anschein nach sind Steine von einem Waggon herabgefallen, sie wurden aber durch die Schieber einer Güterzugslokomotive auf die Seite geschleudert und zermalmt, sodaß weiterer Schaden nicht verursacht ist. Der darauf folgende Schnellzug hat infolge dieses Vorfalles eine Verspätung von 24 Minuten.

Kattowitz, 18. September. Tischlerstreik. Die Tischler haben beschlossen, in den Ausstand zu treten, nachdem eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern wegen höherer Lohnforderungen nicht erzielt worden ist. Am nächsten Mittwoch beabsichtigen die Arbeitgeber im Tischlergewerbe eine Versammlung abzuhalten, um nochmals über die Lohnforderungen zu beraten. Zuzug ist fernzuhalten, so lange keine bestimmte Erklärung folgt, daß die Differenzen beseitigt sind!

Kleine provinzielle Nachrichten.

Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich beim Betriebe der Dampfdreschmaschine im Gehöfte des Besitzers K. in **Sablath**, Kreis Neumarkt. Die schon bejahrte Arbeiterin Schulze erhielt von dem Hebel der Strohpresse einen Schlag auf den Kopf, daß die Schädeldecke zertrümmert und das Gehirn bloßgelegt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Verunglückte war Witwe und hinterläßt mehrere bereits erwachsene Kinder. — Am 16. d. M. brach, wahrscheinlich infolge Unvorsichtigkeit eines Lehrlings, im Laden des Kaufmanns Kaschade in **Festenberg** ein Schadenfeuer aus, durch welches der umfangreiche Besitz zerstört wurde. — Einen umfangreichen Diebstahl verübten bisher unbekannte Diebe am 16. d. M. im Bahnhofshotel zu **Reinerz**. Gestohlen wurden 125 Flaschen Wein, 90 Flaschen Likör, 80 Flaschen Kornbranntwein, 30 Flaschen andere Weine, ein 35 Literfaß Rotwein, ein 20 Literfaß Kognak. Aus einem anderen Fasse füllten die Diebe ungefähr 20 Flaschen Ungarwein ab. Der Wert der gestohlenen Sachen wird auf 1100 Mk. geschätzt. — Der im Wärterposten 89 als Streckenwärter dienstuende Bahnwärter Josef Teuber aus **Pilisch** bei Glatz wurde auf der Strecke Glatz—Niederrengersdorf von seiner Ehefrau, die ihn suchte, tot aufgefunden. T. hatte von Nachmittag 4 bis Nachts 12 Uhr Dienst und ist bei der Streckenrevision vermutlich vom Güterzuge 6442 erfaßt, geschleift und überfahren worden. Dem Verunglückten ist die Schädeldecke bis zum Ohrenansatz abgefahren, auch der Brustkorb ist total zerdrückt, der linke Oberarm und das rechte Bein abgefahren, sowie Hände und Füße verletzt. — Am Sonnabend wurde auf dem Bahnhofe in **Myslowitz** ein Bergmann beim Ueberschreiten der Gleise von einem um 7 Uhr 45 Min. Abends von Kattowitz einfahrenden Zuge überfahren und sofort getötet. Die Leiche des Getöteten wurde im Knappschaftslazarett der Myslowitzgrube untergebracht.

Quittung.

Für das kämpfende russische Proletariat gingen bei der Redaktion der „Volkswacht" ferner ein:

Für die Freiheitskämpfer		1.00	Mk.
Rob. Urlich-Alt-Lässig		11.50	„
Gesammelt auf Liste 186 durch	Bauarbeiter Winkler	1.30	„
„ „ „ 121 „	Schobel, Distr. 4	4.65	„
„ „ „ 115 „	Schön, Distr. 4	1.50	„
„ „ „ 111 „	Pachnicke, Distr. 4	0.35	„
„ „ „ 199 „	Scholaut	4.80	„
„ „ „ 152 „	Nikolozik, Distr. 8	2.40	„
„ „ „ 80 „	Walter, Distr. 3	1.70	„
„ „ „ 84 „	Fuhrmann (Liste abhanden gekommen)	2.50	„
„ „ „ 236 „	Nerlich	0.25	„
Bereits quittiert		2015.42	„
	Summa	2047.37	Mk.